Einzelnummer 200 Mk.

Danziger Volksstimme

Bezugspreis: Durch die Post u. Austräg. 4000 M. In Pommerellen 8000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespaltene Zeile 500 M, auswärts 750 M. Die Reklamezeile 2000 M, auswärts 2500 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 123 — Mittwoch, den 30. Mai 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Ruhrdebatte in der französischen Kammer.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Die französische Kammer verhandelte gestern in erster Linie über einen Gesetzentwurf, durch den die Regierung ermächtigt wird, der rumänischen Regierung Vorschüsse bis zu 100 Millionen Franks zu leisten. Der Berichterstatter Abg. Louis Marin erklärte, es handle sich darum, Rumänien in der ernsten Krise, die es augenblicklich durchmache, zu helfen, sowie darum, die Dienste anzuerkennen, die es während des Krieges den Alliierten geleistet habe. Außerdem wolle man es ihm ermöglichen, sich zu bewaffnen und für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu arbeiten. Finanzminister Lasteyris erklärte, er schließe sich diesen Worten an. Die Sozialdemokraten erklärten, sie würden gegen den Entwurf stimmen, weil die Finanzlage Frankreichs diese Ausgabe nicht gestatte und weil diese hundert Millionen dazu bestimmt seien, neue Rüstungen zu schaffen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 420 gegen 115 Stimmen angenommen.

Die Kammer setzte dann die Debatte über die Ruhrkredite fort. Tardieu führte aus, er werde die Ruhrkredite bewilligen. Das Ruhrgebiet sei das Verdun des Friedens. Die Aktion sei vollkommen berechtigt und müsse einen doppelten Zweck verfolgen: Herr des Willens des Reiches und Herr des Ruhrbeckens zu werden. Es handle sich also einesteils um einen politischen und anderenteils um einen wirtschaftlichen Erfolg, die beide von einander untrennbar seien. Poincaré habe vom 11. Januar ab durch seine Reden die Aktion verkleinert. Poincaré habe Unrecht gehabt, auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen und auf deren guten Willen zu zählen. Die deutsche Regierung habe Unrecht gehabt zu glauben, daß, wenn ein französischer Soldat in Essen einmarschiere, gewisse ausländische Mächte sofort einen Druck auf die französische Regierung ausüben würden. Tardieu warf dann der Regierung vor, daß sie nicht von Anbeginn der Besetzung an zur Ausbeutung des Ruhrgebiets geschritten sei. Auf seine Bemerkung, daß die Sabotageakte nicht streng genug bestraft würden, rief Poincaré „Das sagen Sie am Tage der Hinrichtung Schlageters!“ Endlich besprach Tardieu die Beschlagnahme der Koks- und Kohlenvorräte, von der er behauptet, daß sie nicht genügend vorbereitet worden sei. Mit dem Ruhrgebiet habe die französische Regierung jetzt wohl ein politisches, aber kein produktives Pfand in Händen. Man dürfe jetzt nicht von internationalen Anleihen sprechen sondern von einer Realisierung der Pfänder. Deutschland müsse ein neues Regime für das Ruhrgebiet, nämlich das Regime des Belagerungszustandes und des Standrechts fühlen.

Auf die Angriffe des Vertreters der äußersten Rechten antwortete Poincaré: Tardieu habe verlangt, man hätte im Ruhrgebiet im Mai den Belagerungszustand proklamieren müssen. Tatsächlich bestehe dieser Belagerungszustand seit Beginn der Besetzung. Die Regierung habe es nicht für nützlich gehalten, ihn Deutschland anders zu notifizieren als durch die Realität der Tatsachen. Entgegen Tardieus Behauptung müsse er feststellen, daß die Besetzung des Ruhrgebiets viele Monate hindurch sorgfältig vorbereitet worden sei. Wenn man nicht von Anfang an die Besetzung streng durchgeführt habe, so sei das geschehen, um der deutschen Regierung die volle Verantwortung für ihre Handlungen zu überlassen, und um nicht die Reparationskommission bei der Feststellung der Verfehlungen zu behindern. Die Ausbeutung der Kohlenvorräte sei sorgfältig vorbereitet worden. Die Vorräte mußten erst in kleinen Mengen abtransportiert werden, damit die deutsche Industrie ihre Anhäufung nicht hätte verhindern können. Da die Entwaffnung Deutschlands zum größten Teil durchgeführt sei, habe man nicht nötig gehabt, die Truppenmengen aufzubieten, die Tardieu verlange. Würde man dies getan haben, hätte man eine Jahresklasse mobilisieren müssen, was hundert Millionen Kosten verursacht hätte. Die militärischen Mittel, die man im Ruhrgebiet anwende, seien genügend.

Poincaré stellte dann die Vertrauensfrage. Die Sozialisten und die Kommunisten verweigerten die Ruhrkredite, während die Radikalen zustimmten. Die Kredite wurden schließlich mit 500 gegen 67 Stimmen angenommen.

Das Witos-Kabinett.

Die neue polnische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium Witos. Außer dem Präsidium besetzt die bäuerliche Volkspartei noch drei Ministerposten, und zwar Inneres (Kiernik), Agrarreform (Osiecki) und öffentliche Arbeiten (Lopuszanski). Von den Parteien des Rechtsblocks haben die Nationaldemokraten fünf Portefeuilles inne, und zwar Aeußeres (Marian Senda), Finanzen (Wł. Grabski), Handel und Industrie (Kucharski), Bildungswesen (Olembinski) und Landwirtschaft (Gosiecki); die Christlich-Sozialen stellen den Justizminister Nowodworski. Fünf Ministerposten, und zwar für Verkehr (Karlinski), Post (Moiszezonski), Krieg (General Osinski als Verweser), Arbeit (Durowski), Gesundheitswesen (Bujalski), sind mit Fachministern besetzt.

Die Uebernahme der letzten zwei Posten durch Darowski bzw. Bujalski, die der Nationalen Arbeiterpartei nahestehen, in der Eigenschaft von unpolitischen Fachministern ist dadurch hervorgerufen, daß diese Partei es schließlich abgelehnt hat, sich an der Regierung offiziell zu beteiligen.

Die Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten Witos im Sejm wird für Freitag erwartet. Die neue Regierung ist heute vom Präsidenten der Republik vereidigt worden.

Pilsudski hat gestern seinen Rücktritt vom Amt des Generalstabschefs angekündigt. Er soll beabsichtigen, sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Danziger Kulturfragen.

Der Hauptausschuß des Danziger Volkstages beriet gestern den Haushaltsplan der Freien Stadt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in 2. Lesung. Die Etats für 1922 und 1923 wurden gemeinsam beraten. Ein zäher Kampf entbrannte um die Bewilligung der Professur für öffentliches Recht an unserer Technischen Hochschule. Weil die äußerste Rechte befürchtete, dieser Platz werde mit einem fortschrittlich gesinnten Mann besetzt werden, nicht mit einem Reaktionär, dessen Hauptfundament in juristischen Anschauungen die Pandekte sind, weil man bestrebt ist, den akademischen Nachwuchs möglichst für die Zukunft für reaktionäre Ziele zu beeinflussen, so fand man unzählige Vorwände — natürlich unter dem Vorgeben, rein objektiv Stellung zu nehmen — die Bewilligung der Mittel für Einrichtung einer Professur für öffentliches Recht zu bekämpfen. Als Begründung mußten herhalten ein kleines Versehen in Einholung eines Gutachtens beim Senat der Technischen Hochschule, ferner der Wunsch, zuvor eine Professur für theoretische Physik einzurichten. 13 Studenten seien hierfür vorhanden, wovon 10 Danziger wären, die möglicherweise fortgehen würden, usw. Auf so kleinspießerlichem Boden bewegte sich die Begründung. Seitens unserer Freunde wurde die Professur für öffentliches Recht für äußerst dringlich anerkannt. Sie müsse zuerst ins Leben gerufen werden, dem unterrichtlichen Interesse für Gründung einer Professur für theoretische Physik könne Rechnung getragen werden im Etat 1924; bei Wahrnehmung der Allgemeininteressen der Volksschule, z. B. bei Aufteilung überfüllter Volksschulklassen sei man durchaus nicht so freigebig. Das Staatsinteresse sei in erster Linie zu berücksichtigen; denn der Senat brauche auch die Professur für öffentliches Recht, um Gutachten einzuholen, die unzählige Male notwendig geworden waren bei Begründung, beim Aufbau des Staatswesens der Freien Stadt, aber auch weiterhin erforderlich sein würden beim Ausbau der Staatseinrichtungen. Gerade die Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt ließe die Errichtung einer Professur für öffentliches Recht ungemein dringlich erscheinen, zumal man höre, daß Polen bestrebt sei, eine Nachprüfung des Verhältnisses der Republik Polen zur Freien Stadt Danzig, d. h. der staatsrechtlichen Grundlagen herbeizuführen. Schließlich bewilligten die bürgerlichen Fraktionen die Errichtung beider Professuren.

Es gelang dann unsern Vertretern im Hauptausschuß, allerlei Verbesserungen für Kultur- und Wohlfahrtszwecke in die vielfach stiefmütterlich ausgestattete Vorlage des Senats hineinzuarbeiten. So wurden bewilligt auf Antrag der Vertreter der Ver. soziald. Fraktion an Unterstützungen an würdige und bedürftige Volks- und Mittelschüler 200 000 Mark statt 40 000 Mark, für das Lehrerinnenfeierabendhaus zu Oliva an laufender Beihilfe 100 000 Mark statt 30 000 Mark, wie sie der Etat vorsah, für Volkshochschulen 100 000 Mark statt 20 000 Mark. Besonders muß erwähnt werden, daß auf Antrag unserer Freunde 500 000 Mark neu in den Etat eingesetzt wurden für Beihilfen zwecks Besuchs auswärtiger Arbeiterhochschulen. Auch Besucher der Frankfurter Arbeiterakademie können aus dieser Position persönliche Unterstützungen erhalten. Solche Verbesserungsvorschläge des Kulturetats fanden diesmal fast durchweg einstimmige Billigung. Man fühlte es: die kommenden Wahlen werfen ihre Schatten voraus.

Französisch-polnische Front gegen Danzig.

Der Sonderberichterstatter des Pariser „Journal“, Henry de Corab, hat von Berlin aus eine Reise nach Schlesien und Polen unternommen und weilt jetzt in Danzig. Er berichtet, daß an der schlesischen Grenze die Selbstschutzorganisationen beständig in Reibung mit den Polen seien. Die Selbstschutzleute von Oppeln hätten erst vor kurzem 25 polnische Arbeiter festgehalten, die über die Grenze gekommen seien, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen. Die Polizei hätte sich Mühe gegeben, die Gefangenen freizumachen, aber weder die lokalen Behörden noch die Regierung vermöchten etwas gegen den Selbstschutz zu tun. In Warschau ist dem Franzosen gesagt worden, daß die deutsche nationalistische Bewegung an der Grenze wieder aufgelebt sei und anscheinend nach einem bestimmten Plan vorgehe. Da Deutschland im Ruhrgebiet machtlos sei, versuche es, im Osten Konflikte zu stiften, in Schlesien ebenso wie in Danzig. Ueber Danzig müsse jetzt Klarheit geschaffen werden. Die Berliner Gerüchte, daß Danzig durch eine polnische Armee besetzt werden solle, seien zwar unwahr, aber Polen wäre dazu entschlossen, diese Frage zwar mit gesetzlichen Mitteln, aber auch mit „großer Energie“ zu regeln. Solange das nationalistische Preußen in Danzig Herr sei, wäre die französisch-polnische Allianz wertlos, „die Allianz für den Frieden“, wie nach der üblichen Formel hinzugefügt wird. Wie dieser Friede von den Polen gemeint ist, geht aus den Mitteilungen des Herrn de Corab nicht hervor, der Danzig ein „vorgeschobenes Fort des alldeutschen Gedankens“ nennt.

Es ist sehr bedauerlich, daß die deutschnationalen Selbstschutzverbände in Oberschlesien und die Danziger Jungsturm-Organisationen gleichen Charakters durch ihr provozierendes Auftreten den polnischen und französischen Nationalisten immer wieder Material liefern, das diese dann gegen das deutsche Volk verwenden. Wenn der französische Hetzjournalist Danzig jedoch ein vorgeschobenes Fort des alldeutschen Gedankens nennt, so zeigt das nur, mit welch leichtfertiger Frivolität solche gewerbsmäßigen Volksverführer über politische Dinge urteilen, um eine bestimmte Stimmung zu erzeugen. Denn die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung lehnt das törichte Alldeutschtum ab und die kommenden Volkstagswahlen in diesem Jahre dürften auch mit ihren bisherigen Vertretern in den gesetzgebenden Körperschaften abrechnen.

Stinnes-Patriotismus.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einen neuen Beweis seines mangelnden Pflichtgefühls gegenüber der Volksgemeinschaft erbracht und damit bestätigt, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Wirtschaft auch in der schwersten Not des Vaterlandes den Profit über alles stellt. Bereits gestern haben wir darauf hingewiesen, daß diese Institution an den Reichskanzler einen Brief gerichtet hat, in dem sie sich bereit erklärt, unter bestimmten Voraussetzungen politischer und wirtschaftlicher Art zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen einen Gesamtbetrag von 200 Millionen Goldmark jährlich bereitzustellen. Für diese an sich geringfügige Summe wird nicht mehr und nicht weniger verlangt als die Aufhebung der Kohlenbewirtschaftung, die den Industriellen finanziell jährlich fast allein so viel Millionen einbringt, als sie zur Verfügung stellen wollen. Aber damit sind sie nicht zufrieden. Darüber hinaus wird noch ein erheblicher Profit gewünscht. Dieser Verdienst ergibt sich aus der Forderung nach Fortfall der Ausfuhrabgabe, deren finanzielles Erträgnis ebenfalls fast so groß ist wie die angebotene Summe. Schon diese beiden Tatsachen, die von einer großen Zahl anderer Forderungen, darunter die systematische Durchlöcherung des Achtstundentages, begleitet werden, beweisen, daß die Industrie auch weiterhin aus den Reparationen Gewinne ziehen und die ungeheuren Lasten auf die Arbeitnehmerschaft abwälzen will. Ihre größte Unverschämtheit, die an Landesverrat grenzt, ist, daß sie zunächst die Verpfändung sämtlicher Einkünfte des Staates und die Verwendung aller Besitztümer des Reiches als Bürgschaften für auswärtige Anleihen fordert, bevor sie überhaupt in Aktion treten will.

Dieses Machwerk der Industrie ist in erster Linie auf Herrn Stinnes zurückzuführen. Es kam in der bekannten Form gegen den Willen eines großen Teiles der verarbeitenden Industrie, insbesondere der chemischen Industrie, zustande. Würde sich die Regierung mit den Forderungen abfinden, und sie als Entgelt für die Bereitstellung der geringfügigen Summe von 200 Millionen Goldmark, die sie durch eine Vermögenssteuer billiger haben könnte, verwirklichen, dann hieße das in seiner Wirkung den Staat und damit die Staatsgewalt erledigen. Wir kämen der mittelalterlichen Ständeherrschaft näher, die Industrie würde der jeweiligen Regierung die staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen diktieren. Schon kommen aus dem Ruhrgebiet die ersten Anzeichen eines Bürgerkrieges, der sich über das ganze Reich ausdehnen könnte, wenn den Wünschen der Industrie auch nur im geringsten Rechnung getragen wird. Die deutsche Arbeiterschaft läßt sich den Achtstundentag nicht ohne weiteres nehmen, sie läßt sich auch eine Durchlöcherung nicht gefallen und lehnt es mit Entschiedenheit ab, weiterhin die Lasten, die nun einmal zu tragen sind, allein auf sich zu nehmen, während eine kleine Kaste fortgesetzt Gewinne macht und trotz der Not des Volkes ihren Patriotismus durch Steuerdefraudantentum zum Ausdruck bringt. Endlich müssen diejenigen zur Erledigung unserer Reparationsverpflichtungen herangezogen werden, die während des vierjährigen Massenmordens Kriegsgewinne machten, später zu Reparationsgewinnlern und dann zu Inflationsgewinnlern wurden: die Sachwertbesitzer. An Hand der Statistik über die Steuereinkünfte der letzten Jahre ist leicht nachzuweisen, wie sich die Inhaber von Sachwerten bisher vor den Lasten gedrückt haben. Allein im Steuerjahre 1921/22 betrug die Körperschaftssteuer nur den 18. Teil der von den Arbeitnehmern aufgebrachten Einkommensteuer, nämlich 1,5 Milliarden Mark und im Steuerjahr 1922/23 nur noch den 88. Teil, nämlich 6,5 Milliarden Mark,

Dieser Zustand muß behoben werden, und er kann eine wesentliche Aenderung erfahren, wenn man sich endlich dazu entschließt, den Sachbesitz zu erfassen.

Das sogenannte „Angebot" der Industrie ist ein Dolchstoß gegen die an der Ruhr im Abwehrkampf stehende Arbeiterschaft. Es erscheint uns deshalb unbegreiflich, wie die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft gewissermaßen Lobeshymnen auf die Industrie singen kann. Gewiß, in einem Punkte haben auch die Herren von der Industrie unter Führung des Herrn Stinnes Aufklärung geschaffen. Sie haben in ihrem Brief an den Reichskanzler, wenn auch ungewollt, klar zu verstehen gegeben, daß eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems ohne Erfassung des Sachbesitzes nicht möglich ist. Da aber ein derartiger Schritt nie durchgeführt werden darf in der Art und Weise, wie es die Industrie fordert und da nach dem ganzen bisherigen Verhalten der deutschen Wirtschaft nicht anzunehmen ist, daß sie ihre Auffassung ändert und sich zu ernsthaften Opfern bereit erklärt, muß der Staat mit Zwang diese Opfer fordern. Die deutsche Arbeiterschaft wird jede Regierung unterstützen, die in diesem Sinne vorgeht.

Die deutsche Industrie findet ihr Ebenbild in der Landwirtschaft, die inzwischen dem Reichskanzler ebenfalls keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß es „Bürgschaften der deutschen Wirtschaft für bestimmte Reparationsleistungen überhaupt nicht geben kann, ohne vorherige Erfüllung bestimmter Voraussetzungen politischer wie wirtschaftlicher Art." Politisch kommt nach der „Deutschen Tageszeitung" vor allem in Betracht: daß die Wiederherstellung und Sicherung der inneren Ordnung in Deutschland erste Vorbedingung für jede weitere Reparationsleistung der deutschen Wirtschaft und erst recht natürlich für jede tatsächliche wirksame Bürgschaft ist.

Ueber die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen schweigt sich das Zentralorgan der Agrarier noch aus. Nach der Ideengemeinschaft, die zwischen Industrie und Landwirtschaft, insbesondere über nationale Fragen besteht, kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Herren Agrarier von dem gleichen Prozentpatriotismus beseelt sind wie Herr Stinnes. Das deckt sich übrigens mit einer echt deutschnationalen Auffassung von den Notwendigkeiten der Gegenwart.

•

Ueber die Bereitschaft der Landwirtschaft, sich an einer Garantieleistung für das neue deutsche Angebot zu beteiligen, meldet das Tageblatt, die Landwirtschaft habe ihre Mitwirkung u. a. davon abhängig gemacht, daß sich der Staat jedes zwangsmäßigen Eingriffs, der die Produktion behindern könnte, wie z. B. Enteignungen, enthalte. Die Landwirtschaft sei der Auffassung, daß, wenn sie ihre Kräfte in den Dienst der Lösung des Reparationsproblems stelle, der Produktion keinerlei Fesseln angelegt werden dürfen und jede Zwangswirtschaft fortfallen müsse. Unter diesen Voraussetzungen sei die Landwirtschaft bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen wie die deutsche Industrie.

Auch die Landwirtschaft benutzt die Not des Vaterlandes, um Erpressungen zu verüben. Aus dem Opfer wollen auch sie ein Geschäft machen.

Die Internationale der Dummheit.

Nationaler Block und Deutschvölkische gegen Hamburg.

Der „Temps" schreibt zu den Beschlüssen des Hamburger Sozialistenkongresses: Der Kongreß habe sich um die Lage gedreht, in die Deutschland durch den Versailler Vertrag und die Ruhraktion versetzt worden sei. Alle Entschließungen verfolgten den einzigen Zweck, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien. Die neue Internationale werde, wie die Vorkriegsinternationale, unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie stehen, was schon dadurch zum Ausdruck komme, daß Deutschland im Vollzugsausschuß 30 und Frankreich nur 16 Stimmen habe. Die in Hamburg improvisierte Internationale erscheine somit in der Hauptsache als eine Kriegsmaschine (?!), um das Proletariat aller Länder zu einem Feldzug zugunsten der Revision des Versailler Vertrages zu vereinigen. Es sei bezeichnend in einem Augenblick, wo kein Franzose und Belgier mit Sicherheit in Deutschland reisen könne und wo sich alle Tore vor ihnen verschlössen. Die sozialistischen Redner Frankreichs, die von den Deutschen beklatscht würden, wüßten ganz gut, was sie von der wiedergewonnenen Sozialisteneinheit zugunsten ihres Landes erwarten dürften.

Zur gleichen Stunde, als das offiziöse Organ der Regierung Poincaré diese Beschimpfungen gegen die neue Arbeiterinternationale und besonders gegen unsere französischen Genossen ausstieß, erschienen im Berliner Organ der völkischen Wulle-Gruppe, dem „Deutschen Tageblatt", ähnliche Verunglimpfungen des Hamburger Kongresses.

Sozialistische Kulturarbeit in Oberschlesien.

Obwohl die Abstimmungswirren in Oberschlesien und die Zerschlagung dieses wichtigen Industriegebietes verhältnismäßig kurze Zeit zurückliegt, hat sich die sozialistische Kulturarbeit in dem zu Deutschland gehörigen Teil des Landes in geradezu glänzender Weise entwickelt. Eine eigene Organisation, der Bund für Arbeiterbildung, umfaßt alle wichtigen Träger des sozialistischen Kulturstrebens, die Gewerkschaften, die Bildungsausschüsse, die Arbeiterjugend, die Arbeitersänger, die sozialistischen Lehrer und die Arbeitersportler. Dank der Initiative des Vorsitzenden, Genossen Franz, des Bezirksleiters des Bergarbeiterverbandes, und des Geschäftsführers Genossen Gebhardt, der die Geschäfte des Bundes länger als ein halbes Jahr bereits hauptamtlich führt, gelang es bereits im Oktober vorigen Jahres, die Spitzenorganisation endgültig zu konstituieren. Seitdem hat der Bund in 28 Orten Oberschlesiens eine eigene Organisation und damit die Grundlage für eine systematische Bildungsarbeit im ganzen Landesteil geschaffen. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Bund unter den schwierigen Verhältnissen Außerordentliches geleistet. Er hat den Bildungsgedanken in weite Kreise der Bevölkerung getragen, in 15 Orten Betriebsrätekurse eingerichtet und an 27 Orten Arbeiterbüchereien geschaffen. Die Gründung von Volksbühnen hat er in verschiedenen Orten durchgeführt, daneben hat er die Tätigkeit der ihm angeschlossenen Organisationen gefördert. In den Ortsgruppen des Bundes herrscht reges Leben. Diskussions- und Leseabende, wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen aller Art wurden veranstaltet und von der Zentrale mit Rat und Tat unterstützt.

Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, bis in den kleinsten Ort Oberschlesiens den sozialistischen Kulturgedanken zu tragen. Vieles ist noch zu tun, um das zu erreichen. Aber die Anfänge sind überwunden, die sozialistische Kulturarbeit marschiert. Durch seine vielseitige Tätigkeit stellt der Bund für Arbeiterbildung einen Faktor dar, den auch die Gegner respektieren müssen und der im Kulturleben Oberschlesiens sich seinen Platz errungen hat.

Beratungen in Berlin.

Der auswärtige Ausschuß des Reichsrats wird, wie die Blätter melden, heute unter Vorsitz des Reichskanzlers zur Besprechung der außenpolitischen Lage zusammentreten. Auch der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling wird an den Beratungen teilnehmen. Dem „Vorwärts" zufolge wird der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich zur gleichen Zeit mit der politischen Gesamtlage befassen. Wie dasselbe Blatt mitteilt, dürfte der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund bereits in den nächsten Tagen eine ausführliche kritische Betrachtung über das Angebot der deutschen Industrie an die Reichsregierung veröffentlichen.

Neuregelung der Beamtengehälter. Dem Reichsrat ist nunmehr der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Grundgehälter der Reichsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht ab 1. Juli in Gruppe 1 als Anfangsgrundgehalt 174 000 Mark, als Endgrundgehalt 282 000 Mark vor, in Gruppe 13 soll das Anfangsgrundgehalt 995 000 und das Endgrundgehalt 1 247 000 Mark betragen. Die Ortszuschläge sind nach der Ortsklasse und nach der Höhe der Grundgehälter gestaffelt.

Dem Schloßherrn v. Kähne auf Petzow ist von der Staatsanwaltschaft in Potsdam die Anklage wegen vorsätzlicher Tötung des in seinem Waldrevier erschossen aufgefundenen 16jährigen Obstzüchtersohnes Lahse aus Geltow zugestellt worden. Die Verhandlung wird voraussichtlich in der am 11. Juni beginnenden Potsdamer Schwurgerichtsperiode beginnen. Die Anklagen gegen die Berliner Presse sind sämtlich eingestellt worden.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Neue Kohlenpreiserhöhungen in Sicht. Wie mitgeteilt wird, finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft des Kohlengewerbes über neue Lohnforderungen der Bergarbeiter statt. Es wird jedenfalls mit einer erheblichen Erhöhung der Kohlenpreise zum Beginn des kommenden Monats mit Bestimmtheit zu rechnen sein.

Stabiler Notenumlauf in Oesterreich. Der Notenumlauf der Oesterreichischen Nationalbank ist seit Jahresbeginn stabil geblieben. In der ersten Maiwoche war eine Abnahme des Notenumlaufs um 76 Milliarden zu verzeichnen, wogegen in der zweiten Maiwoche die Zunahme 62,56 Milliarden Kr. betrug. Die Gold- und Devisendeckung der Oesterreichischen Nationalbank erreichte am 15. Mai den Betrag von 1514 Milliarden, was bei einem Banknotenumlauf von 4563 Milliarden rund ⅓ Deckung bedeutet. Der Bankzinsfuß für Eskompte, Wechsel, Warrants und Effekten beträgt seit 4. September 1922 unverändert 9 Prozent, für Darlehen auf Staatsrenten und Staatsschatzscheine 9½ Prozent und für Darlehen auf andere Wertpapiere 10 Prozent.

Das Sinken des Schweizer Franken. Der Schweizer Franken, der lange Zeit zu den besten Valuten gehörte, ist im Sinken. Kostete vor dem Kriege ein Schweizer Franken 19,30 amerikanische Cents, so sank der Preis dafür im Januar auf 18,66 Cents, um in den letzten Tagen bis auf 18,04 Cents weiter herunterzugehen. Das ist nach unseren mitteleuropäischen Begriffen eine kleine, für ein Hochvalutaland jedoch eine sehr beträchtliche Entwertung. Teure Kohle, ungünstige Handelsbilanz würden die Verschlechterung des Schweizer Franken allein noch nicht erklären. Die Schweiz verdankt ihre günstige Valuta dem Umstand, daß sie zum internationalen Geldmarkt wurde, auf welchem ausländische Kapitalisten ihre flüssigen Gelder anlegten. Besonders viele Kapitalien hat die Schweiz in den letzten Jahren von österreichischen Kapitalisten erhalten. Inzwischen wurde aber die österreichische Währung stabilisiert. Auch haben die Kapitalisten Österreichs wieder das Heft in die Hand bekommen und brauchen sich vor der Wegsteuerung ihrer Vermögen nicht mehr zu fürchten. Daher ziehen sie ihre Kapitalien aus der Schweiz langsam zurück, um diese in Österreich anzulegen. Dort können sie einen höheren Profit abwerfen, da die Zinssätze in Österreich heute noch enorm hoch sind. Das Zurückströmen dieser Beträge drückt aber auf den Schweizer Franken.

Hohe Politik.

In [illegible] merkwürdige Zeiten [illegible] und das nur das [illegible] einen [illegible] zu melden!

[illegible]

... weil sie sich dafür zu nichts hält, als daß sie nicht [illegible]. Aber sie verachtet niemals [illegible] Elementarbegriffe. Da weiß [illegible]. Da gibt es nur das Entweder — Oder.

Gott mit Kaiser Wilhelm, für die Heimat.

Was dem Leben voller Unzulänglichkeiten nicht vermochte, [illegible]. Die treuen Monarchisten mit [illegible].

Hans Bauer.

Drahtlos zwischen Weiß und Schwarz. Zwischen der [illegible] Funkstation Eilvese und der ägyptischen Funkstation [illegible] erfahren, der unmittelbare [illegible] worden. Es können nunmehr [illegible] direkten [illegible] Telegramme von [illegible] Palästina, Syrien und weiter [illegible] dem schwarzen Erdteil bis nach Abessinien, [illegible] und Somaliland aufgegeben werden.

Neue Methoden der Verbrecherbekämpfung. [illegible]

... Wege über die Parabolspiegel auf die lichtempfindlichen Zellen weiter, und diese wieder setzen eine Alarmanlage in Tätigkeit. Auf diese Art kann man ganze Säle mit besonders wertvollem Inhalt vor dem Betreten durch Unberufene schützen, zumal die Selenzellen auch bei vollem Tageslicht — man braucht dann gar keine Lampen — reagieren.

Treibende Eisberge. Die Schiffahrt im Atlantischen Ozean wird zurzeit durch treibende Eisberge schwer gefährdet. Der der Canadian-Pacific-Linie gehörende Dampfer „Minnesota" geriet auf seiner letzten Reise von Kanada nach Antwerpen in ein großes Feld treibender Eisberge und hatte die größten Schwierigkeiten, den schwimmenden Eismassen zu entgehen. Das Eisbergfeld, durch das die Reise des Dampfers sehr verzögert wurde, hatte eine Ausdehnung von etwa 35 Kilometer. Nachdem es dem Dampfer geglückt war, der Gefahr zu entrinnen, wurden auch auf der weiteren Fahrt immer neue Eisberge angetroffen. Der Kapitän berichtete von einer auffallenden Menge von Seehunden und Seelöwen, die auf den Eisbergen in die südlichen Gewässer trieben.

Was Bilder echter Meister kosten. Auf einer Kunstauktion in Frankfurt a. M. wurden bezahlt für: Adolf Schreyer, „Pferdeeintreiben im Wald" 30 Millionen Mark, Hans Thoma „Beschauliches Dasein" 42 Millionen Mark, van Gogh „An der Seine" 35 Millionen Mark, Max Liebermann „Flachsspinnerinnen" 30 Millionen Mark, C. Spitzweg „Bildnis des Oberst Leutner" 19 Millionen Mark, Wilh. Trübner „Jünglingsporträt" 9,5 Millionen Mark.

Der Neger in Zivil. In den Straßen von Mainz hat sich in diesen Tagen folgender ungewöhnlicher Vorfall ereignet: Im Scheine der lachenden Frühlingssonne tauchte plötzlich ein Neger auf der Straße auf, nackt, wie ihn die Natur geschaffen, nur mit einem spärlichen Schurzfell bekleidet. Selbstverständlich rief das Erscheinen des Negers einen großen Menschenauflauf hervor, und dieser Menschenauflauf wiederum machte zwei Schutzleute auf den also unbekleideten Neger aufmerksam. Die beiden Hüter der Ordnung nahmen sofort [illegible] mit der ihnen angeborenen deutschen Höflichkeit wandten sie sich zuerst an den Neger mit der Frage, warum er in diesem Aufzuge durch die Straßen wandle, denn ein derartiges „naturvölkerliches" [illegible] sei in Deutschland nicht erlaubt. Da grinste der [illegible] Neger über sein ganzes Gesicht, [illegible] seine riesige Rechte, [illegible] ein weißes Papier zum Vorschein kam, [illegible] unterschrieben von der französischen Militärkommandantur: „Der Neger [illegible] hat Urlaub; er ist berechtigt, Zivilkleidung zu tragen."

Die Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise.

Die Besoldung des Stadttheaterpersonals. — Aufnahme des Dampferverkehrs nach Westerplatte.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung erledigte ihre Tagesordnung in verhältnismäßig kurzer Zeit, in 1½ Stunden war die öffentliche Sitzung beendet. Die Mehrzahl der Beschlüsse wurden ohne Aussprache gefaßt. Nur die Senatsvorlage über die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise führte zu einer längeren Debatte. Stadtv. Gen. **Arczynski** wandte sich gegen die schematische Heraufsetzung der Fahrpreise und erklärte, daß es nicht angehe, die Stadtlinien und die Strecken nach Ohra und Emaus mit den gleichen Zuschlägen zu bedenken, wie sie für Langfuhr vorgesehen sind. Weiter machte Gen. Arczynski den gewiß beachtenswerten Vorschlag, die Gleise der stillgelegten Linien zum Bau einer Straßenbahn nach Heubude zu verwenden, fand damit aber wenig Gegenliebe. Er erreichte jedoch, daß die Straßenbahngesellschaft vor der Aufnahme der Gleise die Genehmigung des Verkehrsausschusses einholen muß. Eine kleine Theaterdebatte gab es, als der Umbau der früheren Kronprinzenloge im Stadttheater zur Beratung stand, wobei Gen. Arczynski die übertriebene Kritik einer bürgerlichen Zeitung an den Gagen der Künstler richtig stellte. Die Vorlage wurde dann auch zwecks näherer Klärung vertagt.

*

Die Sitzung wurde eröffnet mit der Wahl von Armen- und Waisenpflegern, wobei die vom Wahlausschuß vorgeschlagenen Personen ohne Widerspruch gewählt wurden.

Die Trockenlegung des Brösener Wäldchens

erfordert weitaus größere Mittel, als ursprünglich angenommen wurden. Zweimal sind schon Nachbewilligungen erfolgt. Eine neue Vorlage des Senats verlangt wiederum 7 Millionen Mark für diese Zwecke.

Stadtv. **Brunzen** (Dtntl.) rügte diese Art des Vorgehens und bezeichnete sie als wenig sachgemäß. Ein Vertreter des Senats machte die Beschaffenheit des Geländes dafür verantwortlich, auch habe die Heranschaffung der notwendigen Erdmengen Schwierigkeiten gemacht. Die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte werden in erster Linie für die Arbeiten des Hafenausschusses verwandt. Die Vorlage des Senats wurde alsdann angenommen.

Die Gagen der Stadttheaterkünstler.

2,2 Mill. Mark verlangt der Senat, um die frühere Kronprinzenloge im Stadttheater als Kassenraum umzubauen. Stadtv. **Ewert** (Ztr.) erklärte, daß er diese Summe nicht bewilligen werde und bezeichnete das Theater als eine Vergnügungsstätte. Der beabsichtigte Umbau sei nicht notwendig. Die Stadt solle das Geld für notwendigere Ausgaben verwenden. Stadtv. Gen. **Arczynski** stellte den Antrag, im Ausschuß die Notwendigkeit des Umbaues zu prüfen. Es sei möglich, daß die Kassenräume bei den heutigen Verhältnissen nicht ausreichend seien. Redner beschäftigte sich alsdann mit einer Theaterkritik einer bürgerlichen Zeitung, in der behauptet wurde, daß die Unterernährung der Künstler infolge der geringen Gehälter die künstlerische Leistungsfähigkeit stark beeinträchtige. Gen. Arczynski erklärte diese Ausführungen für übertrieben und teilte die Mai- und Junigagen der Stadttheaterkünstler mit. Sie erhielten im Mai 343 000 bis 368 000 Mark, worauf ein 100prozentiger Zuschlag erfolgte. Für Juni seien die Gagen um 65 Prozent erhöht worden und betragen nunmehr 565 950 bis 607 200 Mark. Damit könnte man ein bescheidenes Leben fristen, wenn nicht eine Ausbeutung durch die Zimmervermieter erfolge. Die Künstler müssen oft ein Drittel ihrer Gage für Wohnung bezahlen. Pflicht der Stadtverwaltung sei es, für angemessene Bezahlung der Künstler zu sorgen, dann müsse aber auch energisch gegen die Auswüchse der Nebenbeschäftigung vorgegangen werden. Wenn das Stadttheater eine wirkliche Kunststätte sein solle, müsse die Stadt sich seiner mehr annehmen. Notwendig sei auch, daß das Verhältnis zwischen Stadt und Stadttheater geklärt werde. Die Stadtverwaltung müsse auf das Stadttheater einen größeren Einfluß haben. Senator Dr. **Strunk** hatte gegen die Rückverweisung an den Ausschuß nichts einzuwenden. Bezüglich der Gehälter der Künstler erklärte er, daß ihre Gagen nach den Gruppen 5 bis 7 der Beamtenbesoldungsordnung festgesetzt werden. Es sei ihnen auch das doppelte Monatsgehalt gezahlt worden, durch die neue Gehaltsaufbesserung würde die wirtschaftliche Lage der Künstler gebessert. Die Kritik in der Zeitung wäre besser unterblieben. Die nochmalige Ausschußberatung der Vorlage wird sodann mit großer Mehrheit beschlossen.

Der 50prozentigen Erhöhung der **Marktstandgelder**, der Beschaffung von zwei neuen Fährbooten und eines Ersatzfährleines, ferner der **Verpachtung der Krantorfähre** stimmte die Versammlung debattelos zu und bewilligte die erforderlichen Mittel.

Die Straßenreinigungsbeiträge für 1923

sollen nach dem Antrage des Senats verzehnfacht werden. Bei der Beratung dieser Angelegenheit führte der Gemeinnützige Stadtv. **Braun** zum großen Erstaunen des ganzen Hauses aus, daß einzelne Straßen, z. B. Hansaplatz, so gründlich gereinigt würden, daß man Anstoß daran nehmen könne! Stadtv. Brunzen (Dtntl.) entgegnete seinem Vorredner, daß er von einer übertriebenen Straßenreinigung noch nichts bemerkt, häufig aber das Gegenteil wahrgenommen habe. Zu bemängeln sei aber die Verschwendung von Wasser, manchmal werde selbst nach starken Regengüssen gesprengt. Stadtv. Scheller (Dtntl.) wünschte, daß die Straßenreinigung auch auf die Bürgersteige ausgedehnt werde. Bei plötzlichen Schneefällen z. B. fehle es oft an Arbeitskräften. (Zuruf: Selbst ist der Mann!) Der Vorlage wurde sodann zugestimmt, und gegen die beabsichtigte **Verpachtung der Räume auf dem neuen Flugplatz** Einwendungen nicht gemacht. Einigen **Pensionierungen** wurde zugestimmt und die Mittel für die **Verlegung des Insluchtheims** nach dem Hause Olivaer Tor 5 bewilligt.

Die Erhöhung der Straßenbahntarife

stand alsdann zur Beschlußfassung. Stadtv. Gen. **Arczynski** führte aus, daß sich eine Erhöhung der Fahrpreise nicht umgehen ließe, sie müsse aber in gerechter Weise erfolgen. Durch die schematische Erhöhung der Fahrpreise um 100 Mark werden einzelne Linien ungebührlich belastet. Zweckmäßig sei es deshalb, die Vorlage noch einmal im Ausschuß zu prüfen. Die von der Straßenbahn geforderte Genehmigung zur Entfernung der Schienen auf allen stillgelegten Strecken lehnte Gen. Arczynski ab. Eine solche Maßnahme zeuge von einer wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit. Wahrscheinlich wolle die Straßenbahngesellschaft die Schienen als Schrott verkaufen, wobei sie ein gutes Geschäft machen werde. Nach den Schienen würden dann die Leitungsmaste verwertet. Die Altstadtlinie werde möglicherweise überflüssig werden, da der Verkehr Danzigs sich nach anderer Richtung hin entwickele. Unter allen Umständen müsse aber die Strecke bis zum Werdertor erhalten bleiben, im Interesse des

Straßenbahnbaus nach Heubude.

Man solle die Ausgaben für den Straßenbahnbau nach Heubude nicht als unerschwinglich bezeichnen. Die jetzt brachliegenden Schienenstränge könnten zu diesem Zweck sehr gut benutzt werden. Jetzt werde der Bau Millionen, später Milliarden kosten, Stadtv. Dr. **Herrmann** (Dt. Pt.) wandte sich gegen die nochmalige Ausschußberatung. Es sei notwendig, daß die Erhöhung der Fahrpreise am 1. Juni eintrete. Die finanzielle Lage der Straßenbahngesellschaft sei zwar nicht schlecht, aber man müsse dafür sorgen, daß es so bleibe. 100 Mark spielen heute gar keine Rolle. Es sei beabsichtigt, die Schienen der stillgelegten Strecken nur insoweit in Anspruch zu nehmen, wie sie zur Ausbesserung der befahrenen Linien gebraucht werden. In erster Linie sollen die Gleise auf der Promenade entfernt werden. Stadtv. **Brunzen** (Dtntl.) machte ähnliche Ausführungen. Senator **Runge** wies darauf hin, daß der Straßenbahnverkehr wieder zunehme. Die beantragte Erhöhung um 100 Mark sei sehr bescheiden. Die Linie Lenzgasse—Fischmarkt werde kaum wieder in Betrieb genommen werden. Bis zum Kleinbahnhof soll das Gleise liegen bleiben für den späteren Bahnbau nach Heubude. Vom Kleinbahnhof bis zum Werdertor seien die Schienen jedoch überflüssig. Stadtv. **Klein** (Ztr.) trat für Beibehaltung des jetzigen Fahrpreises auf der Strecke nach Emaus ein. Stadtv. **Braun** (Ztr.) hatte Bedenken gegen das Entfernen der Schienen. Der Antrag des Gen. Arczynski auf nochmalige Ausschußberatung wurde abgelehnt, und der gleichmäßigen Erhöhung der Fahrpreise von der bürgerlichen Mehrheit zugestimmt. Auf Antrag Arczynski wurde jedoch beschlossen, daß die Entfernung der Schienen jedesmal von der Genehmigung des Verkehrsausschusses abhängig ist.

Die dritte Vorlage des Senats über den

Dampferverkehr nach der Westerplatte

wurde ohne Debatte angenommen. Ueber die Einrichtung des regelmäßigen Verkehrs nach der Westerplatte haben wir bereits in unserer Dienstag-Nummer Näheres mitgeteilt. Der Dampfer faßt 150 Personen; der Fahrpreis stellt sich auf 900 bis 1000 Mark. Gegen 6 Uhr war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung aufgearbeitet, worauf das Haus in die geheime Beratung eintrat.

Eine neue Mietserhöhung

wird schon wieder von den Hausbesitzern gefordert. Sie hielten gestern abend im Schützenhaus eine Versammlung ab und liefen zunächst gegen eine Einführung des Reichsmietengesetzes und der Mieterschutzordnung Sturm. Diese wurden als Ausnahmegesetze gegen den Hausbesitzer bezeichnet. Der lauteste Rufer im Streite war Regierungsrat Blavier. Im Gegensatz zu den Erklärungen des zuständigen Senators Leske, der die baldige Einführung dieser Gesetze zugesagt hat, brachte es dieser Regierungsbeamte fertig, gegen die Einführung zu agitieren. In wohl abgewogener Steigerung dieser Aktion ging man dann zu der Beratung neuer Mieterhöhungen über. Man machte dem Senat ganz unverdienter Weise den Vorwurf, daß er auf die Haus- und Grundbesitzer nicht genügend Rücksicht nehme. Nach einer zustimmenden Aussprache nahm man eine Entschließung an. In dieser wird zunächst der Abbau der Zwangswirtschaft gefordert. Bis zu deren Durchführung wird eine Erhöhung der Mieten auf das Tausendfache des Friedenspreises für Wohnungen und auf das Zweitausendfache für solche Räume, die für gewerbliche Zwecke verwandt werden, gefordert, „um den Verfall der Häuser aufzuhalten und die Steuerkraft des Hausbesitzes nicht restlos zu beseitigen.“ Die Mieterhöhung müsse automatisch vom 1. Juni unter Ausschaltung des Mieteinigungsamtes erfolgen, da letzteres ohne erhebliche Kostenvermehrung den Geschäftsbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Auf diese Forderungen der Hausbesitzer wird noch zurückzukommen sein. Es ist eine unglaubliche Dreistigkeit, wenn die Erhöhung der Mieten mit der Erhaltung der Häuser vor dem Verfall begründet wird. Bisher haben die Hausbesitzer nur in den seltensten Ausnahmefällen die Mieterhöhung zu Reparaturen verwandt. So lange vor allen Dingen daran nichts geändert wird, muß jede Erhöhung der Mieten abgelehnt werden.

Der Dollarfimmel der Grundstücksverwaltung.

Als Danzig in den Besitz der früheren staatlichen Grundstücke kam, wurde zunächst eine Menge städtischer und staatlicher Bureaus dahin verlegt. Wie Pilze nach warmem Regen schossen immer neue Verwaltungsstellen hervor. Mit den zur Verfügung stehenden Räumen wurde dabei eine Verschwendung getrieben, die schon oft die schärfste Kritik in den beiden Parlamenten herausgefordert hat. In großmütiger Aufwallung wurden seinerzeit, als der Dollarfimmel bei gewissen Leuten noch nicht so grasserte, auch zu gemeinnützigen Zwecken Räume zur Verfügung gestellt. Nun, da die Dollarseuche immer stärker auftritt, geht man daran, die gemeinnützigen Vereinigungen aus den bisher innegehabten Räumen zu vertreiben, um sie gegen horrende Miete gewerblichen Unternehmungen zu überlassen. Um zu beweisen, welch hohe Meinung die Behörde von der Jugendpflege habe, wurde zunächst das Jugendhaus in der Reiterkaserne vernichtet, obwohl die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen hatte, daß die Räume des Jugendheims erst dann anderweitig verwandt werden dürfen, wenn andere geeignete Räume zur Verfügung stehen. Alle persönlichen und finanziellen Opfer, die von interessierten Personen für die Errichtung des Jugendheims gebracht worden waren, wurden zunichte gemacht. Einzelne Jugendvereine sind schon seit Wochen ohne Heim, und alle Behörden wetteifern in dem edlen Bestreben, nachzuweisen, daß sie für die Beschaffung anderer Räume nicht zuständig sind.

Ebensowenig wie die Behörden auf die geistige Not der Jugend Rücksicht nehmen, kümmert sie die körperliche Not der Invaliden und Hilflosen. Der Zentralverband der Invaliden, Witwen und Hilflosen, der schon seit mehreren Jahren in Danzig besteht und über 4000 Mitglieder zählt, hatte von der Grundstücksverwaltung zwei Kellerräume und einen Stallraum zur unentgeltlichen Benutzung erhalten, um verbilligte Lebensmittel ausgeben zu können. Ueber die Not der alten Leute braucht kein Wort mehr gesagt werden, sie ist zu bekannt. Trotzdem fordert der Senat die Räumung der Keller und des Schuppens oder die Zahlung einer angemessenen Miete! Die Invaliden wehren sich gegen diese hartherzige Forderung und weisen auf die trostlosen Verhältnisse in ihren Reihen hin. Vergeblich, die staatliche Grundstücksverwaltung besteht auf Räumung. Was schert sie die Not der Invaliden?!

Die Geschäftstüchtigkeit der Behörde in Ehren, aber sie könnte sich an besseren Objekten erproben. Die frühere Artillerie-Werkstatt z. B. wurde für eine lächerlich geringe Summe an eine kapitalistische Gesellschaft verschenkt.

Schon wieder!

gibt der Senat eine neue Erhöhung des Brotpreises bekannt und zwar auf 1800 Mark pro Kilogramm. Die Erhöhung wird mit der infolge der weiteren Markentwertung gestiegenen Getreidepreise, Mahllöhne und Speditionskosten „begründet“. Der hohe Preis muß besonders bei der schlechten Qualität des Markenbrotes als unerträglich erscheinen. Anstatt fortlaufende Erhöhungen vorzunehmen, sollte der Senat lieber auf eine Aenderung dieses Zustandes hinarbeiten. Aber bei der Sorge um die Befriedigung des Profites scheint dafür keine Zeit zu sein.

Der Warenpreis im Schaufenster.

Es kommt immer wieder vor, daß Geschäftsleute sich weigern, Waren zu dem Preise zu verkaufen, wie sie im Schaufenster ausgezeichnet sind. Die verschiedensten Ausreden werden dann gebraucht. Es ist deshalb wichtig und für die Käufer von hohem Interesse, zu erfahren, daß jetzt ein derartiger Fall gerichtlich entschieden ist. In einem Manufakturwarengeschäft waren Wäschestücke und ähnliche Sachen mit Preisen ausgezeichnet, die im Geschäft selbst nicht galten. Es wurden vielmehr höhere Preise gefordert. Wie vielfach, so wurde auch hier den Kauflustigen auf ihre Vorhaltungen hin versichert, daß die betreffenden Sachen ausverkauft seien und eine Räumung des Schaufensters jetzt nicht stattfinden könne. Das Gericht ließ sich aber mit diesen Ausreden nicht abspeisen, sondern verurteilte den Angeklagten wegen unlauteren Wettbewerbs zu einer allerdings geringen Geldstrafe von 12 000 Mark. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: „Der Angeklagte hat sich des Vergehens gegen § 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb schuldig gemacht. Er kann sich nicht darauf berufen, daß die Schaufensterpreise durch die Aenderung der Wirtschaftslage überholt gewesen seien, als die Käufer kamen. Wenn dies der Fall war, mußte er unbedingt die alten Preise aus dem Schaufenster nehmen. Daß dies vor der Neudekoration nicht angängig gewesen sei, ist eine Ausrede; der ernstliche Wille, die Sachen zu den Schaufensterpreisen zu verkaufen, bestand auch bezüglich der Schaufenstersachen nicht. Die Preisauszeichnung im Schaufenster ist als eine öffentliche Bekanntmachung im Sinne des § 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb anzusehen. Die billigeren Preise riefen den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervor. Die Bekanntmachung im Schaufenster war irreführend, weil der Angeklagte zu diesen Preisen nicht verkaufte. Wenn die Sachen im Schaufenster bereits verkauft waren, so mußte dies neben den Preisen ersichtlich gemacht werden. Waren die Schaufensterpreise inzwischen überholt, so daß dem Angeklagten nicht mehr zugemutet werden konnte, zu diesen Preisen zu verkaufen, so mußten die Preise entfernt werden. Durch die Schaufensterpreise wurde das Publikum irregeführt. Die Irreführung geschah bewußt und vorsätzlich, denn sonst wären die Preise wenigstens nach der ersten Beschwerde entfernt worden. Bei der Strafausmessung war zu berücksichtigen, daß diese Machenschaften einerseits dem Angeklagten unredliche Vorteile eintrugen, andererseits die Konkurrenz schädigten. Schärfend kam auch in Betracht die Hartnäckigkeit, mit der der Angeklagte den unlauteren Wettbewerb fortsetzte. Die erkannte Geldstrafe erscheint danach als milde.“

Sozialdemokrat. Versammlungserfolg in Oliva.

Gestern abend referierte Gen. Mau in einer von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in Oliva einberufenen öffentlichen Versammlung über das Thema „Drei Jahre Klassenherrschaft des Senats und des Bürgerblocks“. Die Versammlung war stark besucht. Der Redner schilderte einleitend die Entwickelungstendenzen des modernen Kapitalismus und zeigte an einer Reihe von Beispielen, daß diese zur absoluten Monopolwirtschaft geführt haben. Diese sei die Hauptursache der wirtschaftlichen Verelendung aller Lohn- und Gehalts- und Rentenempfänger. Redner ging dann auf die Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien und des Senats ein, die mit dem Großkapital von Stadt und Land verstopft und verschwägert sind. Er schilderte eingehend das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratischen Partei und besonders die Notwendigkeit einer Erfassung der Sachwerte. Im Interesse der Bevölkerung liege es, den politischen Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu stärken. Nach fast zweieinhalbstündigen Ausführungen schloß er seinen Vortrag unter dem stürmischen Beifall der Versammlung.

In der Diskussion trat zunächst der Kommunist Laschewski auf, der einerseits die Gewalttheorie seiner Partei propagierte und andererseits der Einigung das Wort redete. Der Schluß seiner Rede war eine Kampfansage gegen den Parlamentarismus. Er konnte in der Versammlung keinen Eindruck erzielen. Ebenso erging es einem zweiten kommunistischen Redner. Zu stürmischen Unterbrechungen kam es erst, als der junge, deutschvölkische Schriftleiter Schulz von der deutschnationalen „Allgem. Ztg.“ das Wort nahm und in stark provozierender Weise seine „Weisheiten“ zum Besten gab. Er ging auf jeden Zwischenruf der Versammlung in höhnischer Weise ein und trieb den Mißbrauch des Gastrechtes so arg, daß ein Teil der anwesenden Kommunisten ihn mit Gewalt am Reden verhinderten und den Versuch unternahm, ihn zu bedrohen. Es gelang jedoch der Versammlungsleitung und dem Eingreifen des Gen. Mau, die tätliche Bedrohung zu verhindern. Im Schlußwort wies Gen. Mau darauf hin, daß es eine Feigheit sei, in öffentlichen Versammlungen den politischen Gegner zu bedrohen oder am Reden zu verhindern, die Arbeiter sollten sich hüten, diese Methoden der deutschvölkischen Knüppelgarde nachzuahmen. Wir Sozialisten führen keinen Kampf der Fäuste und der Gewalt, sondern wir kämpfen mit geistigen Waffen und haben die Ueberzeugung, daß es uns gelingt, auch unsere politischen Gegner von der Richtigkeit der sozialistischen Kulturbewegung zu überzeugen. Redner bedauerte den Zwischenfall und zerpflückte die Ausführungen des deutschsozialen Diskussionsredners. Es sei ein unverständlicher Widerspruch, wenn Schulz in dieser Versammlung den deutschnationalen Senat in Schutz nehme, während er in der Knüppel-Kunze-Versammlung die Angriffe des Knüppelkunze gegen die deutschnationalen Senatoren stürmisch begrüßt habe; er scheine seine Gesinnung ständig zu wechseln. Dem Kommunisten Laschewski entgegnete Mau, daß er sich irre, wenn er der Sozialdemokratie die Auffassung unterschiebe, daß man mit dem Stimmzettel allein die soziale Lage des Arbeiterstandes heben könne. Der Parlamentarismus sei ein Mittel zum Zweck und neben der politischen müsse auch die wirtschaftliche Macht erobert werden, um an Stelle der kapitalistischen Unkultur die sozialistische Kultur aufbauen zu können. Die erfolgreich verlaufene Versammlung schloß gegen 10½ Uhr.

1 Dollar 59 000 Mark, 1 Polenmark 1,04 Mark.

Neues Lohnabkommen im Gastwirtsgewerbe.

Nach wochenlangen schwierigen Verhandlungen ist jetzt im Gastwirtsgewerbe ein neues Lohnabkommen auf der Basis der Halbmonatslöhne resp. Wochenlöhne, statt der bisherigen Monatslöhne, zum Abschluß gekommen. Eine seit Jahrzehnten im Gastwirtsgewerbe fest eingewurzelte monatliche Gehaltszahlung ist nunmehr einer der Jetztzeit entsprechenden gewichen. Wenn auch die Forderung der Arbeitnehmer — Wochenlöhne für sämtliche Angestellte — nicht ganz erfüllt ist, so bedeutet das jetzige Lohnabkommen immerhin für beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, ein annehmbares Kompromiß und einen Fortschritt.

Für die Gruppen Köche, Mamsells und Annonceusen sind Wochenlöhne festgesetzt, für alle übrigen Angestellten Halbmonatslöhne, zahlbar am 1. und 15. eines jeden Monats. Außerdem ist der Arbeitgeber verpflichtet, wöchentliche A-Konto-Zahlungen in Höhe der geleisteten Arbeit zu leisten.

Das neue Lohnabkommen gilt vom 1. Mai d. Js. Die darin festgelegten Löhne verstehen sich bei Kost und Wohnung. Außer den Prozentempfängern, für die Garantielöhne festgelegt sind, betragen die Lohnsätze für die anderen Berufsgruppen wie folgt: Aushilfskellner mit Kassieren pro Tag 1000 Mark, ohne Kassieren [illegible] Mark. Küchenmeister mit mindestens 5 Hilfskräften pro Woche [illegible] Mark, mit weniger als 5 Hilfskräften [illegible] Mark. Chefs de Partie und alleinarbeitende Köche pro Woche [illegible] Mark. Aides und Commis pro Woche [illegible] Mark. Chefmamsells [illegible] Mark, Mamsells [illegible] und Jungmamsells [illegible] Mark, Annonceusen im 1. Berufsjahr [illegible] Mark, im 2. Berufsjahr [illegible] Mark, im 3. Berufsjahr 15000 Mark, im 3. Berufsjahr [illegible] Mark darüber [illegible] (Keller) bei zweijähriger Tätigkeit [illegible] Mark, Wirtschafterinnen, Haushälterinnen [illegible] im 1. Berufsjahr [illegible] Mark, im 2. Berufsjahr [illegible] Mark im 3. Berufsjahr 40000 Mark. Verkäuferinnen [illegible] Kaffeeköchinnen bei zweijähriger Tätigkeit [illegible] Mark, älter [illegible] Mark. Weinausgeber (Küfer) [illegible] Mark, [illegible] Mark, Silber- und Kupferputzer, Hausdiener [illegible] Mark, älter [illegible] Mark. Haus-, Küchenmädchen bis 18 J. [illegible] Mark, älter [illegible] und Hausmädchen bezw. Frauen bis 18 J. [illegible] Mark, älter [illegible] Mark. Reinmachfrauen, Kartoffelschälfrauen u. ähnl. [illegible] Mark. Aushilfen aller Kategorien außer [illegible] pro Stunde 850 Mark. Kellner erhalten den jeweiligen Tariflohn mit 25 Prozent Zuschlag.

Alle vorstehend genannten Löhne sind Mindestsätze. Wo höhere Sätze schon bezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden. Zu vorstehend genannten Sätzen tritt, wo [illegible] Wohnung nicht im Hause gewährt wird, eine Wohnungs[illegible] von [illegible] Mark pro Woche hinzu; wo Kost nicht im Hause gewährt wird, eine Kostentschädigung von [illegible] Mark pro Woche; außerdem für die festbesoldeten Angestellten das [illegible] der Berufswäsche oder eine Entschädigung von [illegible] Mark pro Woche.

Außerdem erhalten sämtliche festbesoldeten Angestellte für die Monate Februar, März, April von ihrem derzeitigen Arbeitgeber, wo sie beschäftigt waren, vorausgesetzt, daß sie ordnungsgemäß entlassen sind, eine einmalige Teuerungsbeihilfe, [illegible] spätestens bis 15. Juli. Später eingereichte Anträge können nicht [illegible] werden.

Auskunft über die Höhe der Teuerungsbeihilfe wird im Bureau des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, [illegible] erteilt.

Der 1. Reichs-Arbeitersporttag in Danzig.

Sonnabend, den 2. und Sonntag den 3. Juni begeht das [illegible] Arbeitersportkartell gemeinsam mit allen deutschen Arbeitersportlern den im Rahmen eines Verbotes [illegible] [illegible] Sportfest [illegible]. Dem eigentlichen Sportfest geht eine Werbefeier in der Aula der Petrischule am Hansaplatz am Sonnabend, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, voraus, die von den „Naturfreunden" und dem Gesangverein „Freier Sänger" veranstaltet wird. Gesangschöre, Rezitationen, eine Ansprache und gemeinsamer Gesang bilden das Programm dieser proletarischen Feierstunde.

Der Sonntag wird mit einem Staffellauf St. Albrecht–Danzig-[illegible] eingeleitet. Beginn der Staffel vormittags 9 Uhr in St. Albrecht. Um recht vielen [illegible] Gelegenheit zu geben, sich von den Leistungen der Arbeitersportler ein Bild zu machen, finden Sonntag vormittag 11 Uhr auf dem Dominikanerplatz Vorführungen der Turner, Athleten und Radfahrer statt, denen einige Massenchöre, gesungen von den dem Sportkartell angeschlossenen Gesangvereinen, den Auftakt geben werden. Nachmittags ½4 Uhr sind auf dem Heinrich-Ehlers-Platz Turn- und Fußballwettspiele angesetzt.

Von der Danziger Arbeiterschaft wird erwartet, daß sie durch ihr Erscheinen zu diesen Veranstaltungen nicht nur ihr [illegible] Interesse bekundet, sondern auch mithilft, den Verbänden der Arbeitersportler im Staat und Gemeinden [illegible] zu geben. Außerdem ist dieser Tag eine nicht mißzuverstehende Mahnung, dem Arbeiter in den Arbeitersportvereinen.

Unnötige Tierquälerei. Wer in aller Frühe den Fischmarkt besucht, kann zuweilen abschreckende Bilder sehen. Die von Fischern zu Markt gebrachten Fische werden zum größten Teile lebend in Tonnen zwischen Eis verpackt und mit Deckeln verschlossen. Die Fische zappeln und sträuben sich, und es ist ein grausiger Anblick, wenn die noch lebenden Fische so eingepreßt werden. Da es sich ausnahmslos um große Fische handelt, so wäre vor der Einpackung ohne große Umstände ihre Tötung auszuführen. Das Einpressen lebender Fische ist grausam. Im übrigen wäre doch eine Prüfung nötig, ob überhaupt soviel Fische ins Ausland gehen dürfen, als dort verpackt werden. Die Fischpreise in Danzig marschieren denen in allen anderen Orten in Deutschland voran. Die Fischhändler machen aber gute Geschäfte, und so leben Warschauer, Rigaer, Berliner Großmogule auf Kosten der hungernden Danziger Bevölkerung bei leckeren Fischgerichten in Saus und Braus!

Der Kuckuck läßt schon seit geraumer Zeit da und dort seinen neckischen Ruf ertönen. Schon seit den ältesten Zeiten gehört er zu den Verkündern des Frühlings. Als Göttervogel des deutschen Heidentums galt er als weissagend und prophezeiend: „Das weiß der Kuckuck!" Noch heute kommt ihm diese Bedeutung zu. Wird er beim ersten Ruf, den man zu hören bekommt, gefragt, wie lange man noch zu leben habe, so gibt er, heißt es im Volksmund, durch die Zahl seiner Töne die Jahre des Lebens an. Sein erster Ruf ist Zauberzeit: Wer den Geldbeutel schüttelt, hat das ganze Jahr Geld. Wer aber dabei kein Geld in der Tasche hat, dem fehlt es das ganze Jahr hindurch, und wer Hunger hat, der hat ihn auch übers ganze Jahr. In der Regel läßt sich der Kuckuck bis Mitte Juni hören. Soll er noch nach Johanni rufen, so soll ein unfruchtbares Jahr folgen. Der Frühlingsvogel, so sehr er in deutschen Landen begrüßt wird, steht nach dem deutschen Volksglauben mit dem Teufel in Beziehung, und daraus erklären sich auch die verschiedenen Redensarten: „Geh zum Kuckuck!" — „Hol dich der Kuckuck!"

Aus dem Osten.

Marienburg. Der nationalistische Rummel, der am Sonntag von den Kriegervereinen anläßlich der Fahnenweihe arrangiert war, diente der bürgerlichen Presse ebenso wie den Veranstaltern zu einer großen Verherrlichung des eingeladenen ehemaligen Generals Mackensen. Dieser war auch zu einem ähnlichen Fahnenrummel nach Danzig eingeladen, hatte jedoch abgelehnt. Dafür wurde er in Marienburg wie ein zweiter Gott verehrt. Die Regierung hatte der Reichswehr die Teilnahme sowie den Vereinen den öffentlichen Umzug verboten. Eine Anzahl Angehörige der Reichswehr beteiligten sich auf eigene Faust. Dem trotz des Verbots von einigen Vereinen unternommenen Umzug stellte die Arbeiterschaft eine Demonstration entgegen, die den Erfolg hatte, daß sich die Kriegervereinler auf ihre Veranstaltung im Schützenhaus beschränkten. Mackensen gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß die neuen Fahnen die alten Soldaten im Donnerwetter zur Schlacht führen mögen! — Nachher wundern sich diese Kriegshetzer, daß das Ausland die dem [illegible] Friedenserklärungen nicht ernst nimmt und immer schärfere Maßnahmen gegen Deutschland anwendet. Dabei arbeiten diese Leute in unverantwortlicher Weise der Poincaré-Politik erfolgreich in die Hände. — Um die Arbeiter [illegible] hatten die Kriegervereine das [illegible] eingeladen. [illegible] Essen von der Massenverpflegung zur kostenlosen Ausgabe angekündigt. Als am Montag Gäste erschienen, mußten sie jedoch wieder ungefüttert abziehen, da „das Essen [illegible] geworden war".

Elbing. Auf dem Schützenfest erschossen wurde am Sonntag in Neukirch-Höhe der Gastwirt Behrend von dem Besitzer Hoßmann-[illegible]. Behrend und Hoßmann kamen dem Krähenschießen ob. Da Behrend sein Gewehr geladen hatte und im Anschlag lag, wollte ihm Hoßmann zuvorkommen. Bei dem schnellen Laden seines Gewehrs muß er die übliche Vorsicht außer acht gelassen haben, denn plötzlich entlud sich das Gewehr, und das Geschoß drang dem vor Hoßmann stehenden Gastwirt Behrend oberhalb der Hüfte in den Bauch. Im Krankenhaus ist B. verstorben.

Königsberg. Schwerer Raubanfall. In der Nacht wurde in der Hindenburgstraße auf das Gastwirtsehepaar K., Besitzer des Hindenburg-Cafés, ein schwerer Raubanfall verübt, wobei dem Räuber eine Handtasche mit [illegible] Mark nebst Wertpapieren in die Hände fiel. Der Täter, ein 24jähriger Schlosser Kranke, hatte vorher im Hindenburg-Café gezecht und vom Wirt zur Begleichung der Zeche 500 Mark entliehen. Dann hatte er sich vor der Wohnung der Eheleute auf die Lauer gelegt, um hier den Raub auszuführen. Als das Ehepaar nahte, stürzte sich Kranke mit gezücktem Messer auf die Frau, um ihr die Handtasche zu entreißen. Den Mann, der seiner Frau zu Hilfe eilte, schlug der Räuber nieder. Mit der erbeuteten Handtasche suchte der Räuber dann das Weite. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilte Schupo herbei, doch gelang es erst den Räuber festzunehmen, nachdem er das Geld bis auf einen ganz geringen Rest bereits verpraßt hatte.

Memel. Die Neuordnung. Der Staatsrat, der bis zum Zusammentritt eines gewählten Parlaments dem Landesdirektorium als beratendes Organ zur Seite stehen soll, wird in nächster Zeit zusammentreten. Er wird sich aus 32 Abgeordneten (16 Landwirten, 7 Arbeitern, 4 Kaufleuten, 2 Hausbesitzern, 1 Handwerker, 1 Fischer und 1 Vertreter der Beamtenschaft) zusammensetzen. Zukünftig sollen zu Amtsvorstehern, Gemeindevorstehern, Ortskassenrendanten usw. nur solche Personen bestellt werden, die beide Sprachen, die litauische und die deutsche, beherrschen. Vom 10. Juni ab soll nur noch der Lit als einziges Zahlungsmittel Geltung haben. Am gleichen Tage wird die deutsche Reichsmark im Memelgebiet außer Kurs gesetzt.

Warschau. Vom Ehemann im Spielklub erschossen. In einem geheimen Warschauer Spielklub „Nirwana" kam es zu einem traurigen Vorfall. Die Gattin des sehr vermögenden Eisenbahnbeamten Kokosowski hatte ihrem Manne 45 Millionen Mark entwendet und spurlos das Haus verlassen. Der Bestohlene suchte sie drei Wochen lang Abend für Abend in den Vergnügungsstätten der Weichselstadt, da er die Gewohnheiten der Durchbrennerin kannte. Endlich traf er sie in lustiger Herrengesellschaft in dem geheimen Spielklub Nirwana. Nach kurzem Wortwechsel tötete er sie durch drei Revolverschüsse. Die Erschossene hinterläßt vier unmündige Kinder. Der Attentäter stellte sich selbst der Polizei.

Aus aller Welt.

Erdbebenkatastrophe in Persien. Nach Berichten aus Teheran sind bei einem Erdbeben in der Nähe von Meschhed viele Dörfer zerstört worden und Tausende von Menschen umgekommen.

8000 Zentner Korn ins Meer geworfen. Die Rigaer Blätter bringen die Meldung, daß der aus Riga mit russischem Getreide ausgelaufene Dampfer „Rostock" auf eine Sandbank gelaufen sei. Es wurden Hilfsdampfer aus Windau und Libau angefordert, denen es, nachdem 8000 Zentner Roggen ins Meer geworfen worden waren, gelang, den Dampfer von der Sandbank zu ziehen. Das Getreide war für das Ruhrgebiet bestimmt.

Seine Kinder im Irrsinn getötet. In Hamburg fuhr der stellungslose Kellner Blondon mit seinen beiden Kindern, einem zwölfjährigen Sohne und einer neunjährigen Tochter, nach Bergedorf. Auf einer Fußwanderung hat der Vater dann beiden Kindern mit einem Feldstein den Schädel eingeschlagen. Die Kinder wurden blutüberströmt in einem Roggenfeld aufgefunden. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit, der Knabe liegt hoffnungslos im Krankenhause. Der Täter wurde in Bergedorf verhaftet; er war bereits zweimal in einer Irrenanstalt.

Ein grausiger Fund. Beim Schaufeln im Sande trafen auf der Trachenberger Flur bei Dresden Kinder auf einen menschlichen Kopf. Die Kriminalpolizei nahm hierauf nähere Untersuchungen vor und fand etwas tiefer an dieser Stelle ein menschliches Skelett, das schon stark in Verwesung übergegangen war. Nach Lage der Knochenteile, die zum Teil senkrecht in die Erde vergraben waren, ist ersichtlich, daß hier die zerstückelten Teile einer Leiche vergraben worden sind. Es liegt also ein Verbrechen vor. Die Persönlichkeit des Ermordeten war noch nicht festzustellen.

80 Millionen Mark in drei Stunden verspielt. Der 33jährige Kaufmann Teschow aus Leipzig hatte sich nach Unterschlagung von englischen Noten mit seiner Geliebten auf eine Vergnügungsreise nach Bayern begeben. Dort lebte er auf großem Fuße. Dann kam er nach Berlin und verspielte dort große Summen in Nachtspielklubs. Auf der Rennbahn in Hoppegarten wurde er von einem Polizeibeamten erkannt und verhaftet. Er hatte keinen Pfennig Geld mehr bei sich, denn in der Nacht vorher hatte er in einem Spielklub in drei Stunden 80 Millionen Mark verspielt.

Im Faltboot zum Schwarzen Meer. Am Sonntag ist das Mitglied eines Ruderklubs mit einem Begleiter in einem Faltboot von Donaueschingen aus abgefahren, um die 3000 Kilometer lange Strecke bis zur Mündung der Donau ins Schwarze Meer zu befahren. Die Ruderer hoffen, etwa Anfang August in Sulina zu sein, um von dort aus noch eine Küstenfahrt nach Konstantinopel zu unternehmen.

Seeschlacht mit einem Schmugglerschiff. Vor der norwegischen Marinestation Horten kam es dieser Tage zu einer kleinen Seeschlacht. Ein früherer deutscher Minenleger, der sich jetzt im schwedischen Besitz befindet, war mit einer Ladung von 19000 Liter Schnaps an Bord in den Christiania-Fjord eingelaufen. Bevor das Schmugglerschiff, das jetzt den Namen „Allianz" trägt, seine kostbare Ladung löschen konnte, wurde es von dem norwegischen Torpedoboot „Teist" entdeckt. Da die Schmuggler sich trotz der drei Warnungsschüsse nicht ergaben, feuerte die „Teist" scharf, so daß die Maschine des Schmugglers zerstört und der Maschinist verwundet wurde. Erst dann gelang es, das Schmugglerschiff, dessen Wert auf 600000 schwedische Kronen veranschlagt wird, mit samt seiner kostbaren Ladung zu beschlagnahmen.

Der Kraft-Mayr

Ein humoristischer Musikanten-Roman

von Ernst von Wolzogen.

(Nachdruck verboten.)

[illegible]

... war frech, sie zu freien. Seine Empfehlungen von Liszt und Wagner zeigte er freilich bei diesen Brotgebern nicht vor. Um seine nackte feste Zeit doch noch irgendwie auszufüllen, [illegible] „Volkstümlich" um den ausgeschriebenen Posten eines Kapellmeisters [illegible]. Zu seiner [illegible] als seinen Bezirk einen [illegible] Teil der Straße Unter den Linden und der Wilhelmstraße [illegible] für seine Verhältnisse zu teuere [illegible] Stolzenhagen aufgegeben und ein [illegible] Kämmerchen in einem Hinterhause [illegible]. Todmüde kehrte er anfangs [illegible] und war dann zu jeder anderen [illegible] hinaus unfähig. Er verdiente [illegible] daß er sich in der Volksküche satt essen [illegible] seine Miete bezahlen konnte. [illegible] hatte er es in ersten Monaten [illegible] ein Klavier mieten und nun [illegible] konnte. In etwa sechs Wochen kam er [illegible] ihm wieder wollte gehorchen. Aber [illegible] eine Komposition unternehmen [illegible]. Vor allen Dingen gehörte es ihm an Zeit, [illegible] betreiben zu können, wie das [illegible] erweiterte Repertoire notwendig [illegible]. So wanderte er denn am 1. April [illegible] „Volkstümlichen" Kapelle [illegible] Konzertkasse [illegible].

[illegible]

Umgehend traf die Antwort auf diesen Brief von Rom ein. Liszt hatte gar keine Ahnung gehabt, welches Unheil die Verweigerung der Aufführung damals über seinen armen Florian heraufbeschworen hatte. In den wärmsten Worten drückte er die wahrhaft väterliche Teilnahme aus, die ihm seines treuen Schülers Unglück einflößte, und er versprach ihm nicht allein Bezahlung seiner Schulden, sondern auch die glänzendste Genugtuung für die schwere Ehrenkränkung, die er hatte erleiden müssen. Anfang Mai wollte er vor seiner Uebersiedlung nach Weimar einige Tage in Berlin zubringen und bei dieser Gelegenheit Florian persönlich in einigen vornehmen Häusern, sowie bei den musikalischen Machthabern einführen. Eine passende Stellung für ihn habe er auch bereits in Aussicht, wolle aber nicht darüber reden, bevor die Sache ganz sicher sei.

Florian war natürlich überglücklich über dies Schreiben, und es kam eine solche Siegeszuversicht über ihn, ein so helles Frohgefühl, wie er es selbst in seinen glücklichsten Weimarer Tagen nicht gekannt hatte. An Thekla schrieb er fast täglich, und wenn es nur ein paar scherzhafte Zeilen auf einer Postkarte waren. Von dem unerwartet hohen Honorar, das er von einem reichen Bankier für Mitwirkung in einem Hauskonzerte bekommen hatte, schenkte er seiner Liebsten einen prächtigen Ring, den er sie vorläufig als Verlobungsring zu betrachten bat. Sie sollte alle Hebel in Bewegung setzen, um die Erlaubnis zu erlangen, in den ersten Maitagen herüberzukommen, um Zeugin seines Triumphes zu sein. Für den Fall, daß er wirklich die Stelle erhalten sollte, die Liszt für ihn in Aussicht hatte, gedachte er dann bei ihren Pflegeeltern um ihre Hand anzuhalten. —

Am Abend des dritten Mai fand im Palais Tockenburg eine große musikalische Abendunterhaltung statt, zu welcher die vornehmste Gesellschaft der Residenz geladen war. Denn es stand für diesen Abend ein ganz besonderer Genuß in Aussicht: der greise Meister Franz Liszt hatte sein Erscheinen zugesagt.

Der Portier hatte, sobald der Wagen vorfuhr, einem bereitstehenden Lakaien einen Wink gegeben, seine Exzellenz und die Frau Gräfin von der Ankunft ihres berühmten Gastes zu benachrichtigen, und so wurde denn der Altmeister [illegible] an der Treppe von dem Grafen und der Gräfin Tockenburg begrüßt.

Sobald die ersten Bewillkommnungsredensarten gewech-

Die Lösung der Reparationsfrage.

Die Resolution des Sozialistenkongresses.

Indem der Kongreß den Anspruch der zerstörten Gebiete auf Wiedergutmachung bestätigt und den einstimmigen Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes erneuert, erklärt er:

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt eine der wesentlichsten Bedingungen für die materielle und moralische Befriedung Europas, und es ist unbestritten, daß die Lasten dieses Wiederaufbaues von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von deutschen gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen in Amsterdam (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) freiwillig verkündet worden ist. Diese Organisationen haben sich verpflichtet, mit aller Energie mit allen Mitteln daran mitzuarbeiten.

Aber die tatsächliche Durchführung der Reparationen ist in erster Linie begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Frankfurter Konferenz hatte bereits festgestellt, daß in dieser Beziehung alle Annahmen der Verfasser des Versailler Vertrages, insbesondere was die Entwicklung der Exportkraft Deutschlands und die Stabilität seiner Währung anbetrifft, durch die Ereignisse über den Haufen geworfen waren. Der Zustand hat sich seitdem von Tag zu Tag verschärft, um schließlich in der gegenwärtigen wahrhaft katastrophalen Situation zu enden.

Anderseits kann das Werk der Reparationen praktisch nur durchgeführt werden, wenn ein vollständiges und aufrichtiges Übereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolgt und wenn zugleich der Verzicht auf die Methoden der Gewalt und Gebietsbesetzungen die Wiederherstellung normaler und vertrauensvoller Beziehungen unter allen Nationen ermöglicht, und der Welt die Gewißheit einer langen Periode der Ruhe und des Friedens bringt.

Schließlich muß die deutsche Reparationsverpflichtung beschränkt werden auf die wirklichen materiellen Schäden unter Streichung der Zahlungen für Militärpensionen.

Pflicht der Internationale ist es darum, auf dem Wege über die am unmittelbarsten interessierten Parteien mit Nachdruck auf die alliierten Regierungen, und ganz besonders auf die französische und belgische Regierung einzuwirken, damit endlich die auf Vernunft, Verständigung, internationaler Zusammenarbeit beruhenden Lösungen über die nebelhaften Illusionen, als könnten Zwang und Gewalt deren unmögliche Erfüllnis erzwingen, siegen. Ebenso muß ein energischer Druck auf die deutsche Kapitalistenklasse und die deutsche Regiernng ausgeübt werden, da jene durch ihren egoistischen Widerstand, diese infolge ihrer Schwäche bis jetzt in hohem Maße zur Verhinderung der finanziellen und währungspolitischen Wiederherstellung Deutschlands beigetragen haben, von der letzten Endes jede Reparationspolitik wie auch eine bessere Existenzmöglichkeit und eine angemessenere Entlohnung der Arbeiterklasse Deutschlands abhängt.

Die positiven Lösungen des Problems müssen getragen sein von dem Geist der Frankfurter Beschlüsse, die der Kongreß sich in allen Teilen zu eigen macht und die ohne Aenderung ihrer Grundsätze leicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Stunde angepaßt werden können.

Deshalb fordert der Kongreß:

1. Die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.

2. Die Feststellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.

3. Den Abschluß von Uebereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das jetzt seitens der alliierten Mächten und der Vereinigten Staaten von Amerika voraus:

a) Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;

b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antwort Frankreichs und Belgiens einerseits, Englands und Italiens andererseits müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Uebereinkommen führen. Der Kongreß brandmarkt vor der Arbeiterklasse von vornherein jede Regierung, deren Halsstarrigkeit die Einleitung von Verhandlungen vereiteln würde.

Während aber die ganze Welt eine Lösung des Reparationsproblems sehnsüchtig erwartet, hat diese Frage im Herzen des industriellen Europas eine Krise von außerordentlichem Ernst hervorgerufen, die auf dem wirtschaftlichen Leben der ganzen Welt lastet und den Frieden in seinen Grundfesten bedroht.

Der Kongreß wendet sich einmütig mit der nachdrücklichsten Energie gegen die militärische Besetzung der Ruhrgebietes.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Reparationen sichern könnte. Sie schwächt im Gegenteil von Tag zu Tag mehr die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die notwendigen Reparationen und Kreditoperationen können nur durchgeführt werden durch Arbeit und Vertrauen, das heißt in Eintracht und Frieden.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Sicherheit Frankreichs und Belgiens gewährleisten könnte. Im Gegenteil belebt sie, wie jede militärische Besetzung, den Geist des Hasses und beschwört die Gefahr neuer Konflikte herauf.

Sie vergrößert den Gegensatz zwischen den Nationen, deren Zusammenarbeit die wesentlichste Bedingung für die Wiederherstellung Europas ist. Allein durch die Tatsache, daß sie das Nationalgefühl verletzt und beunruhigt, stärkt sie in Deutschland wie anderwärts die Parteien, die planmäßig das Nationalgefühl zugunsten der militaristischen wie monarchistischen Reaktion mißbrauchen. Sie bringt die deutsche Republik in Gefahr, deren Sturz unweigerlich Europa in neue Erschütterungen und in neue Kriege verwickeln würde.

Der Kongreß erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets das höchste Recht der Völker verletzt, das Recht, im Frieden zu leben und zu arbeiten, geschützt vor jeder fremden Vergewaltigung. Kein Vertrag kann diesen unbegrenzten Mißbrauch der Gewalt zugunsten des Siegers rechtfertigen. Der Kongreß wendet sich gegen jede Maßregel, die in offener oder versteckter Form auf eine Annexion deutschen Gebietes oder auf eine Zerstörung der deutschen Einheit hinauslaufen würde. Er protestiert gegen jeden Rückfall in die Barbarei, der den Gläubigerstaaten erlauben könnte, an Stelle materieller Garantien des Staates und des deutschen Kapitals, als lebendiges Pfand einige Millionen Arbeiter zu ergreifen.

Der Kongreß versichert die Arbeiter, die sich zu gleicher Zeit dem Druck eines fremden Militarismus und der Aufreizung ihres eigenen Nationalismus zu widersetzen verstehen, seiner brüderlichen Solidarität. Er begrüßt ihren passiven Widerstand als einen Beweis für die Unentbehrlichkeit der Arbeit, als Zeichen der Macht der organisierten Arbeiterklasse und gerade dadurch als ein Vorzeichen der künftigen Siege des Proletariats.

Einigung der sozialistischen Jugend.

Im Anschluß an den Einigungskongreß der sozialistischen Arbeiter-Internationale tagte in Hamburg die Konferenz der sozialistischen Jugend. Es waren 53 Delegierte, die 26 Verbände in 16 Ländern vertraten, anwesend. Die Zulassung der deutschen „Wanderscharen" und der Ledebour-Gruppe wurde abgelehnt und beiden empfohlen, sich mit der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zu vereinigen. Den Vertretern dieser Organisationen wurden Gastkarten ausgestellt. Bezüglich der beiden sozialistischen Jugendorganisationen Frankreichs soll der Exekutive das Material übergeben werden, damit sie die Frage der Zusammenarbeit klären kann. Die Kommunisten, die zu agitatorischen Zwekken wieder einmal einen Einigungsrummel inszeniert haben, verlangten die Anhörung einer Delegation. Dieses Anerbieten wurde einmütig abgewiesen.

Die vorbereitende Einigungskommission, bestehend aus Mitgliedern der bisherigen beiden Jugendinternationalen, wurde mit der Leitung des Kongresses beauftragt. Als Gäste waren anwesend von der Arbeiter-Internationale Crispien und Andersen sowie Brown vom Internationalen Gewerkschaftsbund.

Voogd-Holland wies auf das zeitliche Zusammentreffen des Internationalen Jugendkongresses mit dem des Internationalen Sozialistenkongresses hin und erklärte es als ein Zeichen der inneren Verbundenheit miteinander. Aufgabe der neuen Jugendinternationale werde es sein, das Jungproletariat aufzuklären über seine elende Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und es aufzurütteln, zu einigen und dem Sozialismus entgegenzuführen.

Taller-Oesterreich, als Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, teilte mit, daß die IASJ. ihre Auflösung unter der Voraussetzung beschlossen habe, daß auch die Arbeiterjugend-Internationale ihre Auflösung zugunsten der neuen Internationale beschließen werde.

Dann sprach Ollenhauer-Deutschland über „Die Schaffung einer sozialistischen Internationale". Hauptaufgabe der Arbeiter-Jugendbewegung bleibt die Erziehung der Jugend zum Sozialismus. Großen Wert legen wir auf engste Verbindung mit der Arbeiter- und der Gewerkschafts-Internationale. Redner erläutert die gedruckt vorliegenden Leitsätze für das Organisationsprogramm. Er betont dabei, daß es den einzelnen Verbänden überlassen bleibe, ihre Arbeit der Eigenart ihres Landes anzupassen. Es müsse jedoch eine einheitliche Linie innegehalten werden. Der Veranstaltung von internationalen Jugendtreffen und Jugendtagen müsse besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da gerade auf diesem Wege durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen die internationale Gesinnung gefördert werde. Die Stärke der Internationale ruht nicht in ihrem Bureau, sondern in dem lebendigen Geist der Jugend. (Lebhafter Beifall.)

Kanitz-Oesterreich empfiehlt eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Organisationen, die sich der Erziehung der Arbeiterkinder widmen. — Krieger-Polen erklärt, daß er sich für den Anschluß der polnischen Organisation an die Internationale einsetzen werde. — Ackermann-Oesterreich bringt einige Abänderungsvorschläge ein und beantragt, das Bureau möglichst am gleichen Ort zu stationieren, wo das der Arbeiter-Internationale seinen Sitz hat. — Ein Vertreter der polnischen jüdischen sozialistischen Organisation bringt eine Resolution ein, daß in den einzelnen Ländern, wo Jugendorganisationen verschiedener Nationalität bestehen, die Jugendorganisationen eine engere Fühlungnahme versuchen. — Westphal-Deutschland erklärt sich gegen eine Verlegung des Bureaus nach England, weil in England keine Jugendorganisation besteht und weil die Währungsverhältnisse Schwierigkeiten bereiten würden.

Ueber die Festlegung des Sitzes des Bureaus gingen die Meinungen sehr auseinander. Die Vertreter der Wiener Jugend-Internationale beantragten, Berlin nur provisorisch zu wählen. Dieser Antrag wurde zwar mit 26 : 25 Stimmen abgelehnt, doch fochten die Wiener Vertreter das Resultat an und erklärten, zum deutschen Hauptvorstand kein Vertrauen zu haben. Die Sitzung wurde ausgesetzt und nach längerer Beratung eine Einigung erzielt, die dahin geht, daß das Bureau der Internationale zunächst in Berlin seinen Sitz haben soll. Die nächste Sitzung der Exekutive wird nach Verhandlungen mit der Arbeiter-Internationale endgültig über den Sitz des Bureaus entscheiden. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Vorsitzender Taller begrüßte diesen Beschluß, mit dem gleichzeitig die Einigung der beiden Internationalen beschlossen ist. Darauf wurden auch alle Leitsätze einstimmig gebilligt. Ebenso wurde das Bureau einstimmig gewählt, das zusammengesetzt ist aus den Genossen Voogd-Holland, Ollenhauer- und Albrecht-Berlin, Taller- und Heinz-Wien, Paul-Deutschböhmen und de Grave-Belgien.

Nach einigen begeisternden und anfeuernden Schlußreden der Genossen Voogd und Taller wurde der Kongreß geschlossen.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegengenommen.
Zeilenpreis 250.— Mk.

Gesangvereine „Freier Sänger", Langfuhrer Männer-Gesangverein von 91, „Liederlustel"-Ohra, „Sängergruß". Donnerstag abend 7 Uhr: Probe. Schule Kehrwiedergasse. Sonntag früh 10 Uhr, Schule Kehrwiedergasse (Aula): Proben zum Umzug. Um 11 Uhr am Dominikanerplatz: Straßenkonzert. Erscheinen ist Pflicht. (9755

Gesangverein „Freier Sänger". Donnerstag: Probe. Schule Kehrwiedergasse, abends 7 Uhr. Singstunde Freitag fällt aus. Sonnabend abend 7 Uhr in der Petrischule: Mitwirkung beim Reichsarbeitersporttag. Alles muß erscheinen.

V.S.P. 2. Bezirk, Altstadt. Donnerstag, den 31. Mai, abends 7 Uhr in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle: Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. „Heinrich Heine", Vortrag und Rezitationen des Gen. Loops. 2. Bezirksangelegenheiten.

V.S.P.D. 8. Bezirk. Freitag, abends 7 Uhr, im Parteibureau: Sitzung der Bezirksfunktionäre. Die Anwesenheit aller Funktionäre ist notwendig. (†

Hast du, lieber Leser,

schon einmal Umschau gehalten, welche Zeitungen deine Freunde und Arbeitskollegen lesen? Wärst du aufmerksam, so stelltest du fest, daß noch eine größere Zahl deiner Kollegen Leser der bürgerlichen Presse sind.

Hast du es schon einmal unternommen, deine Arbeitskollegen auf das Schädliche ihres Verhaltens aufmerksam zu machen und ihnen den Bezug der „Volksstimme" empfohlen? Gleichgültig gingst du an der für jeden aufgeklärten Arbeiter so selbstverständlichen Pflicht vorüber.

Hole das Versäumte nach und agitiere für die „Volksstimme". Probenummern zur Agitation erhältst du auf Verlangen.

selt waren, sagte Liszt, indem er Florian, der bescheiden einige Schritte hinter ihm wartete, an der Hand heranzog: „Eure Exzellenz und teure Gräfin! Sie werden mir erlauben, Ihnen meinen Freund Florian Maur vorzustellen, einen Künstler von höchsten Fähigkeiten und von dem ich sehr viel halte. Ich bitte um ihre Verzeihung für die Formlosigkeit der Vorstellung, aber . . . ."

„Aber selbstverständlich, verehrter Meister," zwitscherte Gräfin Fifi in ihren zartesten Vogeltönen: „ich bin entzückt, ach sieh da, Maur ohne e mit u — Florian Maur? Aber ich erinnere mich — aber sicher!" Sie brachte ihr langstieliges Lorgnon vor ihre Augen, schaute Florian einen Augenblick prüfend an und zeigte, wie es ihre Art war, wenn sie besonders liebenswürdig lächelte, ihre kleinen weißen Oberzähne. Dann streckte sie ihm ihre Hand entgegen, die er mit einer artigen Verbeugung an seine Lippen führte, und sagte: „Sie sind doch der Christus-Maur, nicht wahr? O, es hat mir so leid getan, Sie damals nicht empfangen zu können. Ich habe mich so warm interessiert für Ihr großartiges Unternehmen und ich habe so bedauert, daß es nicht zustande gekommen ist. Leider war ich den ganzen Winter über nicht recht gesund und dabei noch so beschäftigt. Sie begreifen . . ."

„Ja, lüge du und der Teixl!" dachte sich Florian, während er mit einem nichtssagenden Lächeln zustimmend den Kopf neigte.

Dem Meiner aber machte die Verlegenheit der Gräfin sichtlich Spaß. Er schmunzelte überaus behaglich, indem er die Gräfin aufs neue anredete: „Dieser liebe Florian, er ist ein Pechvogel — ahaha! Das erste Mal war er nicht sehr glücklich bei Ihnen introduziert. Die Badacs — ocha — dieses liebe Tierchen! Endlich — er hat immer Malheur — ahahaha; aber das soll jetzt aufhören — ich will das nicht mehr dulden — ocha, denn ich liebe diesen jungen Mann und ich weiß, er wird mir Ehre machen."

Noch einen überaus freundlichen Blick warf Pilat seinem glückstrahlenden Jünger zu, dann reichte er galant der Gräfin den Arm und betrat mit ihr den glänzend erleuchteten Saal, während Seine Exzellenz der Botschafter es nicht verschmähte, n.. Florian Maur das zweite Paar zu bilden. Der Graf Tockenburg hatte keine Zeit, sich um musikalische Dinge zu bekümmern, und wußte daher auch nicht, daß er durch die einfache Höflichkeitsbezeigung einem von der Presse als Schwindler gebrandmarkten eine öffentliche Ehrenerklärung ausstellte.

(Fortsetzung folgt.)

„Maurer — 12 Dollar pro Tag!"

Die industrielle Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hat auch die Bautätigkeit in die Höhe gebracht. Regierungsstellen und Private erteilen große Bauaufträge. Allein der Wert der neuen Bauaufträge im Monat März betrug 368 Millionen Dollars, 40 Proz. mehr als im März vorigen Jahres. Da die Einschränkung der Einwanderung Mangel an gelernten Bauarbeitern — besonders italienische Bauarbeiter kommen in Frage — schuf, sind die Löhne sehr in die Höhe gegangen und betragen bei manchen Bauten nicht weniger als 12 Dollar im Tag. Ein Lohn von 12 Dollar ist sehr hoch, auch wenn man ihn nicht in Papiermark umrechnet. (In Papiermark würde er heute eine ¾ Million betragen.) An den Tagelohn von 12 Dollar knüpft die vorzügliche amerikanische Zeitschrift „The Nation" die folgenden ironisch bitteren Betrachtungen:

„Zwölf Dollar pro Tag! 72 Dollar in der Woche, 3744 Dollar im Jahre! Wer hat schon etwas Derartiges gehört? Welcher Lehrer, welcher Professor kann soviel verdienen? Mieter von Wohnungen, welche einen jährlichen Mietzins von 5000 bis 25 000 Dollar zahlen, sind ganz besonders entrüstet. Sie meinen, daß die Diktatur des Proletariats nun wirklich hereingebrochen, daß die Aera der seidenbestrumpften Arbeiterinnen und der Arbeiter in Seidenhemden wieder erschienen sei. Ein neues Merkmal für den kommenden Bolschewismus! Die Städte können sich nicht ausbreiten, weil es an neuen Wohnungen fehlt, und diese Maurer monopolisieren den Markt! Sie halten fremde Maurer fern, schließen ihre Verbände aufs engste ab und beschließen, alle übrigen für den Schaden zahlen zu lassen. Welche Selbstsucht, welche Habgier!

Wir geben zu, es ist sehr schlimm, daß diese Maurer sogar nichts von der altruistischen Selbstlosigkeit der Standard-Oil-Gesellschaft, der Kohlenbarone, der Zuckermagnaten, der Bodenspekulanten, der Wollfabrikanten haben, die 30 Proz. Dividende austeilen und ihren Angestellten so großartige Gehälter zahlen, daß man von Streiks nichts erfährt, nicht öfter als alljährlich oder jedes zweite Jahr. Doch — Rebellen gegen die Gesellschaftsordnung, wie wir es nun einmal sind, müssen wir ein Gefühl sündhaften Vergnügens eingestehen beim Lesen dieser Notiz. Zweifellos sind wir entartet und [illegible] unsere [illegible] Schulung aber irgendwie, wenn wir daran denken, wie viele Wochen der Maurer im Winter nichts verdient, wie er in langen Jahren des Tiefstandes der Bautätigkeit froh ist, wenn er gelegentlich wochenweise Beschäftigung findet, wie groß die Unfallgefahr für ihn ist — zerrinnt uns die Entrüstung über die 12 Dollar zwischen den Fingerspitzen. Irgendwie haben wir den heimlichen Wunsch, wir hätten Patrik Higgins belauschen können, wenn er seiner Mary die ersten 12 Dollar brachte, die er in seinem Leben in acht Stunden verdiente! Wir möchten wetten, er fühlte sich als Rockefeller an diesem Tag und er und seine Mary saßen auf dem Bettrand, nicht um Luxusträume zu spinnen, nein — sich auszumalen, wie viel leichter man nun die Kohle für den Winter zu zwanzig Dollar die Tonne (wenn man sie körbchenweise holen muß) kaufen könne, einen Anzug für den Jungen, neue Kleidchen für die Mädel, vielleicht einen kleinen Ausflug nach des Schwagers Farm machen, weil die Kinder sonst doch nie einen grünen Grasbüschel zu sehen bekommen. Sicher haben sie das Ereignis auch gefeiert, vielleicht sogar von ihrem Freund, dem Gastwirt unten, der für seine Arbeit 12 Dollar in der Stunde erzielt, ein Fläschchen erstanden. Wir wissen — denn das ist einmal die Art solcher Leute, daß Patrik heimlich einen Zweidollarschein in die Hand von Michels Frau verschwinden ließ — ihr Mann wurde vom Elevator erdrückt und ihre Rente reicht nicht weit bei acht Kindern. „Ihr seid ein guter Kerl," sagt sie, „wir konnten nicht viel sparen in den langen Jahren, als der Lohn bloß zwei Dollar war. Ihr wißt, wie hart die Zeiten waren." Ja, Pat und sein Weib träumen sogar davon, den Jungen, den die Lehrer für gut befähigt halten, in die höhere Schule zu schicken. Dann — kommen die Rechnungen vom Krämer und Metzger, und die ganze Traumherrlichkeit ist zu Ende. Wie will ein Mann sieben Mäuler füttern und ihnen alles geben, was sie brauchen, mit 12 Dollar am Tag in heutiger Zeit?

Seidenhemden und Seidenstrümpfe? Wir sehen sie gern auch einmal an solchen, die sie nie zuvor besaßen. Wer hat das alleinige Recht, seidene Socken zu tragen? Wo steht es geschrieben, daß es ein Verbrechen sei, einmal im Leben ein bißchen Schönheit an sich zu tragen? Und wer hat das Gesetz erlassen, daß alle guten Erdendinge nur für ein kleines Häuflein Bevorzugter existieren und daß Maurer niemals das Geld von 12 Dollar am Tag kennen lernen sollen?

Für

Danziger Werft

reserviert

Waggonfabrik Danzig

Telephon Nr. [illegible]

liefert Eisenbahnwagen aller Arten
:: für Staats- und Privatbahnen ::
Spezialität: Kessel- und Kühlwagen
Kleinbahnwagen

Geschmiedete Beschlagteile aller Arten, insbesondere Massenartikel

Danziger Metall-Industrie und Verzinkerei A. G.

Telefon [illegible] Danzig-Langfuhr, Am Johannisberg 1 Telefon 5553

IMPORT — EXPORT

Herstellung aller verzinkter u. lackierter Artikel für Haushalt u. Landwirtschaft
Blechumhüllungen in schwarz und verzinkt für die Industrie

Handels- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.

Fernsprecher [illegible] und [illegible] Danzig-Langfuhr Pommersche Chaussee 5

Eisen- und Eisenwaren-Großhandlung

Stab-, Band-, Formeisen, Bleche, Röhren, Fittings :: Draht, Drahtstifte, Eisenwaren aller Art
Alleinverkauf der Erzeugnisse der Danziger Metallindustrie und Verzinkerei

Danzig-Kaffowitzer Eisen- u. Metall-Handelsgesellschaft

Zentrale: Danzig, Brodtbänkengasse 18 m. b. H. Filiale: Kattowitz, Querstraße 2
Fernsprecher: 3039 und 3649 □ Telegramm-Adresse: „Dukom" □ Fernsprecher: 455, 489, 490

Alteisen u. Altmetalle, Stahl- u. Formeisen, Bleche, Voll- u. Feilhauerspänen
Kokskohle, Ferrolegierungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen

Dülken Gourary, Lewin & Co.

Telefon Nr. 5636 G. m. b. H. Telegr.-Adr.: Degulbein
Danzig, Langgasse 69/70

Holzgroßhandlung □ □ □ Import · Export

White Star Line
und
White Star Dominion Line

Regelmäßige Dampferverbindungen von
Southampton-New York
Liverpool-New York
Liverpool-Halifax und Quebec
Liverpool-Boston-Philadelphia
Danzig-Bremen-Halifax-New York
via Southampton und Cherbourg
sowie nach allen Häfenplätzen der Welt

Danzig, Töpfergasse 31–32

Tel. Adr. Olympic Telefon 5877

Geneh. Std. 9–1, 3–5
und Auswanderungsberater.

DANZIGER GROSSINDUSTRIE

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(F) **Danziger Fernverkehr**

Danzig—Gdingen—Neustadt und zurück.

5[illegible]	7[illegible]	7[illegible]	10[illegible]	D 11[illegible]	1[illegible]	2[illegible]	10[illegible] ab	Danzig	an	D 12[illegible]	7[illegible]	10[illegible]	1[illegible]	4[illegible]	6[illegible]	8[illegible]	11[illegible]
6[illegible]	7[illegible]	8[illegible]	11[illegible]	—	1[illegible]	4[illegible]	11[illegible] ab	Gdingen	ab	—	7[illegible]	9[illegible]	12[illegible]	3[illegible]	5[illegible]	8[illegible]	1[illegible]
6[illegible]	8[illegible]	9[illegible]	12[illegible]	12[illegible]	2[illegible]	5[illegible]	12[illegible] an	Neustadt	ab	12[illegible]	6[illegible]	8[illegible]	11[illegible]	2[illegible]	5[illegible]	7[illegible]	10[illegible]

Carl Thümecke

Danzig-Langfuhr
Pommersche Chaussee 4
Telefon 5524

Druckerei-Maschinenfabrik
Walzengießanstalt
Graphisches Fachgeschäft

Chemische Fabrik und Großdrogen-Handlung

Dr. Schuster u. Kaehler

DANZIG

Chemische u. pharmazeutische Präparate eigener Herstellung, ätherische Chemikalien, Alkaloide, Drogen und Vegetabilien.

Kleine Anzeigen

in der „Danziger Volksstimme" haben

grossen Erfolg!

Behnke & Sieg, Danzig

Tel.-Adr.: Behnsieg-Danzig
Telefon Nr. 30, 31, 32 und 470

Dampfschiffsreeder, Schiffsmakler.
Befrachtungen nach allen Häfen der Welt.

Ostdeutsche Bernstein-Industrie

M. FRIESE, G. m. b. H.
Jopengasse Nr. 64

Fabrikation echter Bernsteinwaren

S. J. Jewelowski

Danzig-Langfuhr

Telegramm-Adresse: Jewelowski Danzig-Langfuhr
Tel.: 633, 666, 5490-5495. Ferngespräche 5494-5495

Dampfsägewerke in Rückfort b. Danzig
Osche in Pommerellen und Sauermühle
bei Osche.

Alle Anfragen erbitte an meine Adresse nach Danzig-Langfuhr

Maschinenfabrik Paul Pfeiffer

Danzig, Altschottland 5/6

Satt- u. Heißdampflokomobilen
in allen Größen.
Benzol- und Rohölmotore :: Motorlokomobilen
Motorpflüge
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Aktiengesellschaft für polnischen Holzexport

Sägewerke Klinger G. m. b. H.
Danzig, Krebsmarkt 2/3
Telephon Nr. 7056 und 7057

„Vulkan"

Eisengießerei und Maschinenfabrik

Abt. Gießerei: Guß aller Art.
Abt. Maschinenfabrik: Lanzmotoren
Aufzüge

Danzig-Schellmühl
Tel. [illegible]

Syndikat der Holzindustriellen Danzig-Pommerellen G. m. b. H. & Co.

Danzig-Langfuhr

Kontor: Hauptstraße [illegible] Telefon 5490—5495
Lagerplatz am Kanalhafen Telefon [illegible]
Telegr.-Anschrift: Holzsyndikat Danzigfuhr

Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art.

Danziger Teerindustrie

vormals Bläscher & Hoffmann Akt.-Ges.

DANZIG

Telephon [illegible]

Dachpappen- u. Asphalt-Fabrik
Teer-Destillation
Baumaterialien-Großhandlung

Industrie-Werke, A.-G., Danzig

Telegr.-Adr.: Ivag Danzig Boltergasse 13–15 Telefon Danzig [illegible] und [illegible]

Anfertigung von **Waggonbeschlagteilen, Baubeschlägen, Pflugscharen, Metallbettstellen** und **Automobil-Ersatzteilen** aller Art

Danziger Schiffahrtskontor G. m. b. H.

Danzig Maritime Agency Co. Ltd.

Schiffsmaklerei, Befrachtungen u. Spedition. Lagerung, Verzollungen

Telegramm-Adresse: Navigation Danzig DANZIG Postgiroamt Nr. 50 Fernruf 5880 u. 1347

Regelmäßige [illegible] Dampfer-Verkehr Danzig – Rotterdam – Antwerpen durch Bremen [illegible]

Danziger Nachrichten.

Neue polnische Repressalien?

Nach der „Gazeta Gdanska" sollen polnische Regierungskreise im Prinzip beschlossen haben, auf Grund der gegenüber Danzig herrschenden Stimmung den Danziger Deutschen keine Erlaubnis für die Holzausfuhr aus Polen mehr zu erteilen. Ganz offen wird hier also ausgesprochen, daß es sich um ein politisches Druckmittel gegen Danzig handelt, um ein weiteres Glied in der Kette der Verstöße, die seitens Polens in letzter Zeit immer schärfer gegen den Freistaat gerichtet werden, weil er sich seiner Haut zu wehren und seine Selbständigkeit zu verteidigen wagt.

Vom Lastauto gequetscht.

In der Fleischergasse ereignete sich gestern mittag gegen 12 Uhr ein bedauerlicher Unfall. Der dortselbst bei der Firma Klink beschäftigte Kutscher Paul Ficks, Johannisgasse 5 wohnhaft, war mit dem Abladen von Waren von einem Wagen beschäftigt. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße stand ein Kohlenwagen, so daß die Passage für andere Fuhrwerke sehr eng war. Trotzdem versuchte ein Lastauto die Durchfahrt. F., der gerade auf der Straßenseite des Wagens beschäftigt war, suchte sich zu bergen, wurde aber von dem Lastauto erfaßt und gegen den Wagen gedrückt. Der Verunglückte erlitt schwere Quetschungen des Beckens und wurde bewußtlos in das städtische Krankenhaus gebracht. Ob den Autoführer Schuld an dem Unfall trifft, muß die Untersuchung des Vorfalles ergeben.

Billiger Eierverkauf der Stadt. Dem Ernährungsamt ist es gelungen, von einer der ersten polnischen Eierfirmen einen größeren Posten Eier zu einem verhältnismäßig günstigen Preise einzukaufen. Das Ernährungsamt bringt diese Eier von Donnerstag, den 31. Mai ab zum Preise von 350 Mark für das Stück im Ernährungsamt, Zimmer 14, vormittags von 8—1 Uhr zum Verkauf. Der schnelleren Abfertigung wegen bittet das Ernährungsamt, passendes Geld mitzubringen. Siehe auch die Bekanntmachung in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

An Erwerbslosen-Unterstützung wurden in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emaus in der Woche vom 12. bis 18. Mai 1923 an Erwerbslosenunterstützung 783 348 Mark an 40 Personen gezahlt, gegenüber 860 616 Mark an 51 Personen in der Vorwoche.

Die Gewitterschäden im Großen Werder haben sich nachträglich noch erheblich größer herausgestellt, als erst gemeldet wurde. Neben den bereits berichteten Bränden in Rosenort und Stobbendorf hat der Blitz noch an drei Stellen gezündet. In Vatershorst bei Kalteherberge sind zwei Grundstücke, in Adl.-Plenkau eine Scheune noch dem Feuer zum Opfer gefallen. Teilweise sind die Gebäude nicht versichert gewesen. Diese Gewitterschäden, durch die hohe Werte vernichtet worden sind, enthalten eine ernste Mahnung für diejenigen, die es unterlassen haben, für einen ausreichenden Versicherungsschutz zu sorgen. Vielfach sind die Versicherungen in Papiermark abgeschlossen und durch die Entwertung der Mark völlig wertlos geworden.

Einem Alkoholschmuggel in den Freistaat ist man am Sonntag auf der Nehrung auf die Spur gekommen. Ein Elbinger war nach Kahlberg gefahren und wollte am Strande nach dem Freistaat gehen, als er an der Grenze von Pröbernau von einem Beamten des Reichswasserschutzes angehalten wurde. Er mußte die Handtasche öffnen, in der sich mehrere Liter Alkohol befanden. Bei näherer Untersuchung fand der Beamte noch mehrere Flaschen Alkohol, die in den Kleidern verborgen waren. Es handelte sich um platte, dem Körper angepaßte Flaschen, die zu beiden Seiten des Körpers an einer Schnur über die Schultern gehängt waren. Im ganzen wurden von der Behörde etwa 30 Liter Alkohol beschlagnahmt.

Wasserstandsnachrichten am 30. Mai 1923.

	28. 5.	29. 5.		1. 47	1,45
Zawichost	+1,28	+ ,	Kurzebrack	+ 1,47	+ 1,45
	28. 5.	29. 5.	Montauerspitze	+ 1,00	+ 0,96
Warschau	+1,25	+ ,	Piekel	+ 0,93	+ 0,90
	28. 5.	28. 5.	Dirschau	+ 1,04	+ 1,01
Plock	+ ,	+ ,	Einlage	+ 2,26	+ 2,19
	28. 5.	28. 5.	Schiewenhorst	+ 2,43	+ 2,38
Thorn	+1,04	+1,00	Nogat:		
Fordon	+1,03	+0,98	Schönau O. P.	+ 6,70	+ 6,73
Culm	+1,99	+0,96	Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,62
Graudenz	+1,14	+1,10	Neuhorsterbusch	+ 2,20	+ 2,22
			Anwachs	+ .	+ ,

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gebl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung betreffend Brotpreis.

§ 1.

In Abänderung der Verordnung vom 22. Mai 1923 (Staatsanzeiger S. 330) wird für das auf Marken abzugebende Brot ein Höchstpreis von 1800 Mk. für das Kilo festgesetzt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 31. Mai 1923 in Kraft.

Danzig, den 30. Mai 1923. (9761

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Städtischer Eierverkauf.

Von Donnerstag, den 31. Mai ab findet im Ernährungsamt, Wiebenkaserne, Poggenpfuhl, Zimmer 14, vormittags in der Zeit von 8 bis 1 Uhr ein Verkauf von Eiern zum Preise von 350 Mark für das Stück statt. Um eine schnellere Abfertigung zu gewährleisten, wird dringend gebeten, passendes Geld mitzubringen.

Danzig, den 29. Mai 1923. (9762

Der Senat. Ernährungsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 30. Mai, abends 7 Uhr:

Dauerkarten B 2. Zum 1. Male:

Menschikow und Katharina

Schauspiel in 5 Akten von Helmuth Unger.
In Szene gesetzt von Carl Brückel.
Inspektion: Emil Werner.

Zar Peter . . . . . Ferdinand Neuert
Katharina . . . . . Dora Ottenburg
Menschikow . . . . . Karl Heinz Stein
Trojurew . . . . . Hans Böhm
Dolgoruky . . . . . Carl Brückel
Apraxin . . . . . Fritz Blumhoff
Scheremetew . . . . . Heinz Brede
Der Großwesir . . . . . Carl Kliewer
Peters Arzt . . . . . Gustav Nord
Ein Offizier . . . . . Ehrenfried Pauls
1. Lakai . . . . . Georg Hoffmann
2. Lakai . . . . . Oscar Friedrich
Ein Kosak . . . . . Gerhard Hochheuser

Anfang 7 Uhr. Ende 9¾ Uhr.

Donnerstag, den 31. Mai, abends 6½ Uhr, Dauerkarten C 2. Der Ring des Nibelungen. Ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner. 1. Tag: „Die Walküre".

Freitag, den 1. Juni, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Das Glück im Winkel" Schauspiel.

Sonnabend, den 2. Juni, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. „Der Waffenschmied." Komische Oper.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 8 Uhr:

Das Programm der großen Varieté-Attraktionen

Ein Schlager nach dem anderen

Hans-Graf-Trio
vom Wintergarten Berlin

Hanc Wiley
Meisterjongleure vom Skalatheater Berlin

Vier Elfen
ein reizendes Ballett v. Münzpalast Königsbg.

Zwei Planks
phänomen. Rollschuhläufer v. Liebich Breslau

Apellos Hundetheater
vom Skalatheater Berlin

Gastspiel Ballettmeister H. Jansen Jackobs u. Solotänzerin Le Castini
vom Metropoltheater Berlin
in ihren Tanz-Schöpfungen

Vier Geltner
Akrobaten auf rollenden Kugeln
vom Admiralspalast Berlin

Eugen Milardo
Tanz- und Gesangs-Meisterhumorist
vom Metropolvarieté Berlin

Billett-Vorverkauf bei Gebr. Freyman, 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

Im Kabarett Libelle
das neue Kolossalprogramm und
die beste aller Stimmungskapellen
Gotti Möller

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 9746

Achtung! Heute! Der große Spielplan!!!

„Der Zirkuskönig"

Amerik. Zirkus-Sensationsfilm größten Stils
in 6 Episoden . . . . . 36 Akten.
In der Hauptrolle: **Eddie Polo.**

III. Episode: **„Die Schmuggler-Insel"**
IV. Episode: **„Im Namen des Gesetzes"**
12äußerst große, spannende u. sensationelle Akte.

Ferner: **„Der Hundefänger"**
Lustspiel in 3 Akten
und **„Familie Hase"**
Groteske in 2 Akten. — Dargestellt von der Wunderdogge Brownie und mehreren anderen Vierfüßlern.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Vorstädt. Graben 15, Ecke Fleischergasse

Herren-Anzüge
in modernen Fassons . . 365000, 315000, 260000, 200000, **140000**

Herren-Raglans
in schönen Farben . . . 365000, 315000, 260000, 200000, **140000**

Herren-Hosen
moderne Streifen 110000, 90000, 75000, 60000, **45000**

Herren-Hosen
Zwirnstoff 48000, 35000, 28000, 19000, **15000**

Achten Sie in Ihrem Interesse auf Straße und Hausnummer. (9716

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage, Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. unt. voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. 8205

Institut für Zahnleidende **Pfefferstadt 71** Durchgeh. Sprechzeit v. 8-7 Uhr

Welt und Wissen

Heft 3 u. 4 erschienen
Preis 450.— Mark

Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Herrenanzug- u. Damenkostüm-Stoffe

in großer Auswahl, feinster Qualität und zu bekannt billigsten Preisen

Meterweiser Verkauf.

Eduard Leiske

„Speicher Holland"
Hopfengasse Nr. 30.

9757

Sehr guter
Jackettanzug
zu verkaufen. Wo sagt die Expedition der Volksstimme. (†

Sofa, komplette Küche, Kommode, Bettst., Serv., Küch., Sofat., Nähmasch., Stühle, Spieg., Gaslamp. z. verk. Lgf., Kastanienweg 4c, 2 Tr. r. 9757

Kindersportwagen
mit Verdeck, zu verkaufen Angebote unter E 1412 an die Expedition der Volksstimme. (†

Kleiderschr., Bettgestelle, Trimospieg., Tische, Sofa, Kommod., Lamp., Küchenschr., Betten verk. (9752 Böttchergasse 3, pt. links.

Herrenanzüge, Hüte und Schuhe
zu verk. Blewski, Hinter Adlers Brauhaus 16, 3. 5—7 nachm. (†

Klappsportwagen
mit Gummireifen zu verkaufen. Angebote unter E 1410 an die Expedition der Volksstimme. (†

Felle aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen 9494
Franz Boss
Holzmarkt 5 — Langfuhr, Hauptstr. 124.

Junge Stenotypistin
in allen Büroarbeiten erfahren, sucht Stellung. Angebote unter E 1411 an die Expedition der Danziger Volksstimme. (†

Möbl. Zimmer
1 bis 2 mit Telephonanschluß sofort zu mieten gesucht. Zahle in Dollar. Vermittler erhält gute Provision. Angebote unter E 1404 an die Expedition der Danziger Volksstimme. (†

Wer tauscht
3-Zimmerwohnung gegen Laden im Innern der Stadt? Angebote unter E an die Exped. der Danziger Volksstimme. (†

Stempel & Schilderfabr. Hering Matzkauschegasse 8 9338

Kleiderschrank,
Gaskrone (messing) 4 fl., Gaskocher (2 fl.) zu verk. Worm, († Barth. Kirchengasse 19, 1.

Eleg. Tuchkostüm
a. Seide, neu, verk. Längf., Kastanienweg 4c, II r. 9756

Eisern. Kinderbettgestell, verstellb. Kinderstuhl vek. Böttcherg. 3, pt. l. (9751

Opernglas
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter E 1409 a. d. Exped. d. Volksst. (†

1 Schlafwagen, 1 Klappsportwag., 1 Nähmasch. gesucht. Off. u. V. 1401 a. d. Exp. d. Volksstimme. (9753

Regenmantel oder Umhang
für schlanke Figur zu kauf. gesucht. Ang. u. E. 1395 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Kinderwagen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 1397 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Sportwagen
mit und ohne Verdeck, gebraucht, doch gut erhalten zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 1393 a. d. Exped. der Volksstimme. (†

Schäferhund,
wachsam, zu kaufen gesucht. Angeb. u. E 1407 an die Expedition der Volksstimme. (†

Ziege,
frischmilch oder werdend, zu kaufen gesucht. Ang. unter E 1406 a. d. Exped. der Volksstimme. (†

Kleines Haus
mit Garten und Stall zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter E 1402 an die Expedition d. Volksst. (†

Wohnungstausch.
Wohnung in Danzig gegen Portierwohnung in Oliva zu tauschen gesucht. Offert unter V. 1413 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Gut möbl. Zimmer
von berufstätiger Dame zu mieten gesucht. Angeb. mit Preis unter E 1408 a. d. Exped. d. Volksst. (†

Möbliert. Zimmer,
in ruhiger Lage, eventuell auch Vorort, gesucht. Ang. unter E 1403 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Möblierte Zimmer, möbl. Wohnungen, Büro- u. Lagerräume Geschäftsläden sucht Priv.-Wohn.-Nachweis Mallon, Pfefferstadt 5. Für Vermieter kostenlos. Tel. 7068. 9357

Jede vorkommende
Herren-Schneiderei
w. schnell u. bill. ausgeführt. Neumann, Büttelg. 5, Hinterhaus, 2 Tr. (†

Neue Böden in Töpfe und dergl. werden eingesetzt.
Winkler, Johannisgasse 63. (†

Hersteller: 9537
Urbin-Werke, G.m.b.H., Danzig am Troyl. Fernspr. 5305.

BORG Zigaretten

preisgekrönt — bevorzugt der Kenner

E. G. Olschewski, Möbelfabrik
Telefon 2[illegible] DANZIG, Dominikswall 14 und Elisabethwall 6

E. & R. Leibrandt
DANZIG
Hopfengasse Nr. 101-102

Eisenhandlung
en gros — en détail
Werkzeuge ::: Maschinen
Haus- und Küchen-Geräte

Kaufhaus Louis Jacob
Markt Nr. 3 — Inh.: Bruno Bieber — Gr. Grundstrasse
ZOPPOT
Täglich Eingang von:
Kleiderstoffen, Damen- u. Kinderkonfektion
Putz : Wollwaren : Wäsche : Kurzwaren
Stets Neuheiten in allen Artikeln

Konfektionshaus W. Liebenthal
ZOPPOT
Danziger Str. 5 — Telephon 556

Tuchhaus Siegfried Friedländer
Schmiedegasse 4 • Telefon 6561
Herren- und Damenstoffe
in großer Auswahl

Spitzer
Danzig, Gr. Gerbergasse Nr. 11-12
*
Spezialhaus für
bessere Damen-Bekleidung
Herren- und Damen-Pelze

Pelze

Große Auswahl in Damen- und Herren-Konfektion, auch Fellen aller Art

Reichhaltige Spezial-Abteilung in Fellen und Futter aller Art für en gros

kaufen Sie vorteilhaft im großen Pelz-Haus

Berliner Pelzvertrieb
DANZIG
Breitgasse Nr. 121, 1. Etage
Eigene Werkstatt im Hause.

H. Scheffler, Danzig
Möbelfabrik und Kunsttischlerei
Fernruf 614 u. 5762 — **Ausstellungshaus** Am Holzraum 3/4

Billig und doch gut
kaufen Sie moderne fertige
Herren-Bekleidung
bei **J. Czerninski**
Danzig, Altstädt. Graben 96/97
Eingang Kleine Mühlengasse

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
*
Textilwaren, Trikotagen, Herrenstoffe

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! — Ohne Gewähr!

(G) **Dampferverbindungen**

Danzig—Heubude—Bohnsack—Nickelswalde—Schöneberg und zurück.

9[illegible]	1[illegible]	2[illegible]	3[illegible]*	5[illegible]*	ab	Grünes Tor	an	7[illegible]	9[illegible]*	9[illegible]	12[illegible]	4[illegible]*
9[illegible]	1[illegible]	2[illegible]	3[illegible]	5[illegible]	„	Heubude	ab	7[illegible]	8[illegible]	9[illegible]	12[illegible]	4[illegible]
10[illegible]	2[illegible]	3[illegible]	4[illegible]	6[illegible]	„	Platenendorf	„	6[illegible]	8[illegible]	9[illegible]	11[illegible]	3[illegible]
10[illegible]	2[illegible]	3[illegible]	4[illegible]	6[illegible]	„	Bohnsack	„	6[illegible]	7[illegible]	8[illegible]	11[illegible]	3[illegible]
—	—	4[illegible]	5[illegible]	—	„	Einlage	„	—	7[illegible]	7[illegible]	—	—
—	—	—	5[illegible]	—	„	Nickelswalde	„	—	6[illegible]	—	—	—
—	—	—	—	—	„	Schlewenborst	„	—	—	—	—	—
—	—	4[illegible]	—	—	„	Schönbaum	„	—	—	6[illegible]	—	—
—	—	5[illegible]	—	—	„	Rothebude	„	—	—	6[illegible]	—	—
—	—	5[illegible]	—	—	an	Schöneberg	ab	—	—	6[illegible]	—	—

* Fährt a. Tr. nicht.

Billig und doch gut
kaufen Sie moderne fertige
Herren-Bekleidung
bei **J. Czerninski**
Danzig, Altstädt. Graben 96/97
Eingang Kleine Mühlengasse

Partiewaren
GELEGENHEITSKÄUFE
Junkergasse 1
Kleider / Mäntel / Blusen / Röcke
Trikotagen / Wollwaren

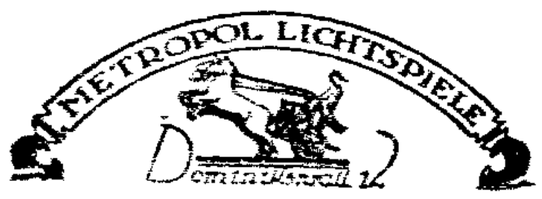
Drogen, Farben — Parfümerien, Seifen
sowie sämtl. einschlägigen Artikel in bekannter Güte empfiehlt
Drogerie am Dominikanerplatz
Danzig — BRUNO FASEL — Junkergasse 12

Kaufhaus zur Altstadt
Altst. Graben 76 — Inh.: Unkel — Altst. Graben 76
Herren-Konfektion
□ Anzüge, Ulster, Hosen, Joppen, Westen □
Polster-Möbel, Sofas, Chaiselongues, Matratzen
Reparaturwerkstätte

Silber-, Gold-
waren, -münzen in jeder Form zwecks Verarbeitung zu höchsten Preisen dringend zu kaufen gesucht.
Neufeld
Gr. Wollwebergasse 23.

Zentral-Theater
Langgasse 31 — Fernsprecher 1819
Das vornehme, führende Lichtspielhaus

A. Lehmann
Inh.: L. Gattzeit
Jopengasse 31/32
*
Krankenpflege – Optik.



Erstaufführung moderner Werke der Filmkunst!!!

Hermes, Bassma
Danziger Stolz
Rähmscher Shag
Die beliebtesten Feinschnitt-Tabake
Ueberall erhältlich
Tabakfabrik **B. Schmidt Nachfl.** Danzig-Oliva

Konsum- und Spargenossenschaft Danzig
Mitglieder! **Die Genossenschaft braucht Betriebskapital,** zahlt den Einzahlungsanteil voll ein. Die Einzahlung kann erfolgen in allen Verkaufsstellen und bei den Betriebskassierern.

G. Valtinat, Dampfmolkerei
Danzig, Langfuhr
Beste und billigste Bezugsquelle für Schmalz, Margarine, Käse
Filiale in allen Stadtteilen

Krippendorff-Liköre
Steinhäger — Johannifer — Curacao Orange — Boonekamp
Eugen Krippendorff Nachfg.
Telephon Nr. 1[illegible] — Roediger & Krieghoff — Hopfengasse Nr. 87